

## Download 142 ohne Grafiken

### Auf ein Wort

Der Jahreswechsel liegt hinter uns. Es war der zweite Jahreswechsel der Schwarz-Roten Regierung in Berlin und der Schwarz-Gelben Regierung in Düsseldorf.

Im Wahlkampf hatte Frau Dr. Merkel angekündigt: „**Und dann wird durchregiert.**“

Viele glaubten, die Große Koalition in Berlin würde dieses Durchregieren bis in die Länder hinein nicht möglich machen. Alle, die dies noch glauben, irren. Start zum Durchregieren war die Förderalismusreform, die in Berlin auf den Weg gebracht wurde. Die Konsequenzen sehen folgendermaßen aus: Aufgrund neuer Zuständigkeiten wurde flugs die Sonderzuwendung (das Weihnachtsgeld) auf 30 Prozent reduziert. Aufgrund neuer Zuständigkeiten glaubt die Landesregierung nun auch die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst drastisch beschneiden zu können. Aufgrund neuer Zuständig-

keiten könnte die Landesregierung nun das Landesbeamtengesetz dahingehend verändern, dass die Altersteilzeit als Rechtsinstrument erhalten bliebe. Hier jedoch ist Fehlanzeige angesagt. Der Ministerpräsident blinkt zwar links, als wolle er an der Großen Koalition vorbeiziehen, in Wirklichkeit schlägt er aber das Steuer hart nach rechts ein. **Nediberaler Kurs** ist in Nordrhein-Westfalen in der Schule angesagt. Ein neues Schulgesetz liegt auf dem Tisch, das Nordrhein-Westfalen in der internationalen Bildungslandschaft wieder ganz nach vorne bringen soll. Insider wissen,

**Inhaltsverzeichnis Seite 18**

### **Margret Schröder und Karl-Heinz Mrosek als Referenten auf der GEW-Veranstaltung für Angestellte am 20.11.2006 in der VHS Gelsenkirchen. Thema: Neues Tarifrecht**

durch Öffentlichkeitsarbeit ist das nicht zu machen. Selbst ich bin auf die Öffentlichkeitsarbeit unseres Ministeriums hereingefallen. „**Sozialindex**“ hieß das Versprechen. Es weckte bei uns Gelsenkirchener Lehrerinnen und Lehrern große Erwartungen. Wir versprachen uns etwas davon, aber – wie gesagt – reine Öffentlichkeitsarbeit. Auf dem Papier haben wir in Gelsenkirchen 27 Stellen erhalten, de facto stehen sie nicht zur Verfügung.

Kolleginnen und Kollegen, angesichts dieser Politik sollten Sie aufstehen, sollten Sie unsere Jahreshauptversammlung besuchen und gemeinsam mit unserem Landesvorsitzenden die politische Situation analysieren und die Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften überprüfen. Soweit Sie im Grund- und Hauptschulbereich tätig sind, sollten Sie im März zu unserer Personalversammlung kommen und auch hier in Anträgen und Resolutionen deutlich machen, dass Sie enttäuscht sind von der Landesregierung und dass Sie große Vorbehalte gegenüber dem neuen Schulgesetz haben.

**Wenn Sie jetzt nicht aufstehen, wann denn dann?**

Karl-Heinz Mrosek

## Sozialindex

An den Grund- und Hauptschulen sollen 600 bzw. 500 zusätzliche Förderstellen bereitgestellt werden.

„Im Schuljahr 2006/2007 werden in den Kapiteln der Grundschule und Hauptschule 600 bzw. 500 zusätzliche Förderstellen bereitgestellt. Diese Stellen sollen den Schulen zugeteilt werden, die besonders ungünstige Lernausgangsbedingungen aufweisen.“ Das hätten wir Gelsenkirchener Lehrer doch immer gefordert. Seit Jahren haben wir darauf hingewiesen, dass unsere Kinder besonders benachteiligt sind und dass wir deshalb zusätzliche Stellen benötigen. Diese Forderung wird nun anerkannt. Toll!

Das Ministerium hatte auch in einer Tabelle aufgezeigt, in welchem Umfang diese Förderungen vorzunehmen seien. Es hat alle Schulämter des Landes in eine Scala von 1 – 100 gesetzt. Das Schulamt mit der schlechtesten Ausgangslage erhielt den Wert 100. Das war Gelsenkirchen. Das Schulamt mit der besten Ausgangslage erhielt den Wert 0. Das war Kleve. An 2. Stelle lag dann Duisburg auf dem Rangplatz 77,7, gefolgt von Hagen mit 75,6 und Dortmund mit dem Wert 75,0. Das heißt, Gelsenkirchen war nicht nur das schwierigste Schulamt, sondern es war mit **Abstand** das schwierigste Schulamt. Diese Informationen waren zunächst für uns in der Gewerkschaft und im Personalrat neu. Das hatten wir nicht erwartet.

Als zusätzliche Stellen waren dann für die Hauptschule 11,6 angekündigt und für die Grundschule 17,9. Auf den ersten Blick erscheint dies nicht wenig zu sein. Immerhin 29,5 Stellen für die beiden Schulformen Grund- und Hauptschule. Vergleicht man jedoch diese 29,5 Stellen mit dem Schulamt Kleve und stellt fest, dass dort 7,9 Stellen ankommen, obwohl wir hier das Schulamt mit der besten Ausgangslage haben, dann ist dieses nur noch schwer einzuordnen.

Was aber ist nun aus diesen Stellen geworden?

### Grundschule

Gelsenkirchen hatte zum Schuljahresbeginn aufgrund der Schülerzahlen einen Bedarf von 515 Stellen. In diesen Bedarf hineingerechnet waren bereits die 17,9 Stellen Sozialindex. Ohne diesen Sozialindex betrug der Bedarf in Gelsenkirchen also ca. 497 Stellen. Die tatsächliche Stellenbesetzung lag jedoch nur bei 483,5 Stellen, wobei in dieser Zahl noch 7 vakante Elternzeitvertretungsstellen mitgezählt wurden, als ob sie besetzt wären. Die Bezirksregierung sagte zu, dass sie im Laufe des Schuljahres noch 9 Stellen nach Gelsenkirchen bringen wollte, um den Unterhang abzufangen. 5 dieser Stellen sind bis jetzt angekommen, 4 fehlen noch. Aber selbst dann, wenn alle 9 Stellen besetzt worden

sind, liegt Gelsenkirchen noch 5 Stellen unter dem Bedarf die es ohne die Sozialindex-Stellen hätte. Tabellarisch sieht das folgendermaßen aus:

Schulamt	Bedarf incl. Sozialindex	Ist-Stellen	Zusage zusätzlicher Stellen über die Liste
Gelsenkirchen	515	483,5*	+ 9

\* Bei den Ist-Stellen werden die 7 vakanten Elternzeitvertretungsstellen wie besetzte Stellen mitgezählt.

### Hauptschule

An den 8 Hauptschulen gibt es ein Stellen-Ist von 205,8 Stellen. Dem steht ein Stellen-Soll von 196,6 Stellen gegenüber. In diesem Stellen-Soll sind die 11,6 Stellen Sozialindex enthalten. Es kommt demnach zu einem Stellenüberhang von 9,2 Stellen. Im Vergleich mit der Grundschule steht die Hauptschule auf den ersten Blick also gut da. Sie hat zwar keine neuen Stellen bekommen, hat aber einen Überhang. Es müsste ihr also gut gehen. Dieses stimmt nur auf den ersten Blick. Man muss auf den zweiten Blick sehen, dass in Gelsenkirchen seit Beginn des Schuljahres ca. 14 Stellen durch langfristige Erkrankungen neutralisiert sind, dadurch sind der Überhang und ein Viertel der Sozialindex-Stellen bereits aufgebraucht. Zusätzlich zu diesen langfristigen Erkrankungen gibt es natürlich auch die kurzfristigen Erkrankungen. Solche Erkrankungen konnten in der Vergangenheit über das Instrument „Geld – statt - Stellen“ ausgeglichen werden. Soll

CDU und FDP: Sozialindex – keine Stellenzuweisung nach Gießkannenprinzip – 0.01 MB – Objekt Nummer 177109

CDU und FDP bringen einen Antrag in den Landtag ein, der die Ausweitung der (Lehrer-)Stellenvergabe auf Grundlage des Sozialindex-Prinzips fordert. Zitat: „Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Konzeption der Verteilung zusätzlicher Lehrerstellen nach Maßgabe des Sozialindex an Schulen in sozialen Brennpunkten weiterzuerfolgen und auszubauen.“ Betrachtet man in diesem Zusammenhang die „Bevorzugung“ des Gymnasiums durch die neue Landesregierung (Stunden und Stellen), so sollte man sich diesen Satz merken: „Die Landesregierung hält ihr Versprechen, bei der individuellen Förderung von Kindern nicht nach dem Gießkannenprinzip, sondern nach dem Bedarfsprinzip vorzugehen, so dass die Förderung dort ankommt, wo sie am dringendsten benötigt wird. Nichts wäre ungerechter, als Ungleiches weiter gleich zu behandeln.“

che Mittel stehen z.Zt. jedoch nicht zur Verfügung.

Der Sozialindex in Gelsenkirchen fängt also gerade das auf, was durch Erkrankungen von Lehrpersonen ausfällt.

Wie heißt es aber so schön im Erlass vom 13.12.05? „**Außerdem dienen die Stellen dazu, Schulen mit Standortnachteilen im Zusammenhang mit der angekündigten Aufhebung der Schulbezirke wettbewerbsfähig zu machen.**“

Wie soll das geschehen? Da werden Vertretungsstellen in Sozialindex-Stellen umbenannt, werden dann teilweise nicht einmal besetzt, da wird öffentlichkeitswirksam den Eltern mitgeteilt, dass die Schulen zusätzliche Ressourcen erhalten hätten, da wird ein Erwartungsdruck gegenüber den Schulen aufgebaut, um dann letztendlich die Schulen „eigenverantwortlich“ im Regen stehen zu lassen.

In Dortmund hat Frau Sommer die Umsetzung des Sozialindexes zur Chefsache gemacht.

Warum denn nicht in Gelsenkirchen?

Nein, Frau Dr. Sommer, so schafft man kein Vertrauen.

Dieser Text ist Anfang November entstanden. Der GEW-Stadtverband und der örtliche Personalrat arbeiten mit Hochdruck auf allen Ebenen daran, die Situation an den Grund- und Hauptschulen zu verbessern. Es ist zu hoffen, dass wir so viel politischen Druck erzeugen, dass beim Erscheinen dieser Zeitung eine Verbesserung der Situation eingetreten ist.

Karl-Heinz Mrosek

Schulamt	Stellen (Ist)	Stellen (Soll)	(+)/(-) in Stellen	(+)/(-) in %
Gelsenkirchen	205,8	196,6	9,2	4,7

Quelle: BPR, Sept. 2006





## Schulinspektion – Qualitätsanalyse – Schul-TÜV

Seit Jahren arbeitet die Schulbürokratie in den Ministerien aller Bundesländer an dem obigen Thema. Bereits unter der Rot-Gelben Landesregierung schickten sich die Bezirksregierungen an, sich in dieser Frage fortzuentwickeln. Man schaute nach Niedersachsen, man schaute aber auch nach Westen, nach Holland. Was damals unter der Überschrift Schulinspektion lief, soll heute von der Schwarz-Gelben Regierungskoalition unter dem Stichwort „Qualitätsanalyse“ weitergeführt werden. Erste Schulen sind schon als einzelne Pilotschulen besucht worden. Es stehen nun an die Städte Warendorf und Recklinghausen. Circa 150 Schulen sind hier von einem Inspektorenteam, bestehend aus insgesamt 7 Leuten, zu analysieren. Danach geht's weiter; danach kommt auch irgendwann Gelsenkirchen an die Reihe.

Schaut man ins Schulgesetz, um sich hier über die Qualitätsanalyse zu informieren, ist die Ausbeute ziemlich dünn. Dem Schulgesetz sind ausführliche Aussagen zur Schulinspektion, die nun Qualitätsanalyse heißt, nicht zu entnehmen. Auch der § 3, der sich mit der Qualitätsentwicklung und -sicherung befasst, nennt die Qualitätsanalyse nicht. Das Gesetz enthält nur die Ermächtigung, dass das Ministerium die Aufgaben und die Organisation der Qualitätsanalyse durch eine Rechtsverordnung mit Zustimmung des für Schule zuständigen Landtagsausschusses regeln kann. Zudem soll es eine Geschäftsordnung geben, die vom Ministerium zu erlassen ist. Über die Verankerung der Qualitätsanalyse und die (Rechts-)Stellung der Inspektorinnen und Inspektoren ist zu lesen, dass die für die Qualitätsanalyse von Schulen zuständigen Personen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der oberen Schulaufsichtsbehörde sind, die hinsichtlich ihrer Feststellungen bei der Durchführung der Qualitätsanalyse und deren Beurteilung an Weisungen nicht gebunden sind. Bei ihrer Berufung ist darauf zu achten, dass die Schulformen anteilig vertreten sind. In den §§ 120 und 121 ist geregelt, dass die erforderlichen Daten von Schülerinnen und Schülern sowie Lehrerinnen und Lehrern herangezogen werden dürfen.

Die gerade genannte Rechtsverordnung existiert z.Zt. nur als Entwurf. In § 3 Abs. 1 heißt es, bezogen auf die Qualitätsanalyse: „Eine Bewertung einzelner Lehrkräfte findet nicht statt.“ Das dürfte Frau Dr. Sommer jedoch etwas anders formulieren. So sagte sie in einem WAZ-Interview am 06.10.06: **„Lehrer mit Defiziten werden im Kollegium identifiziert und isoliert.“** Bei dem Wust von Daten, der bei so einer Qualitätsanalyse anfällt, dürfte

solch eine Identifizierung nicht sehr leicht sein. Sie wäre jedoch nicht unmöglich. Sie liegt aber, bezogen auf die Person der Schulleiterin bzw. des Schulleiters, auf der Hand.

Sollten gravierende Qualitätsmängel auftreten, so wird grundsätzlich innerhalb eines Jahres eine Nachanalyse durchgeführt. Dann dürfte die Sommer'sche Identifizierung bzw. Isolierung in die Tat umgesetzt werden. So gibt es aber nicht nur das Gesetz und die Rechtsverordnung, es gibt auch dies: **„Kurzinformation für die an der Pilotphase 2006 beteiligten Schulen.“** Die Kurzinformation ist immerhin 85 Seiten stark. Wer sie liest, dem wird deutlich, dass sowohl die Schulen als auch die Qualitätsprüfer in einem Wust von Daten untergehen können. So schreibt der Leitende Regierungsschuldirektor **Norbert Stirba** von der Bezirksregierung Düsseldorf über seine Erfahrungen als Qualitätsprüfer: „... aus Sicht der Qualitätsprüfer wurden jedoch die umfangreiche Datenerfassung und die Datenmengen besonders in der 2. Phase als sehr belastend empfunden. Sie füllten zumindest 12-stündige Arbeit an den Besuchstagen.“ Nun sollte man mit den Qualitätsprüfern nicht allzu großes Mitleid haben. Sie haben sich den Job selbst ausgesucht und ihre dienstliche Aufgabe besteht einzig und allein nur noch in solchen Qualitätskontrollen. Anders ist das bei den Lehrerinnen und Lehrern, den Schulleiterinnen und Schulleitern. Hier wird die Qualitätskontrolle als weiteres Arbeitskraft zehrendes Instrumentarium noch oben aufgesetzt. Die Belastung trifft ganz besonders Leiterinnen und Leiter; diese müssen ein sogenanntes **Portefolio** anfertigen. Ich weiß, dass es eine ganze Reihe von Schulleiterinnen und Schulleitern in den Schulen gibt, die bereits seit den Sommerferien an der Zusammenstellung solcher Schulportefolios arbeiten.

Beim ersten Durchlesen der Kurzinformation fiel mir zunächst positiv ins Auge, dass die Schulen auch in Bezug auf Gesundheitsschutz und Arbeitssicherung überprüft werden. Bei einem zweiten Lesen keimt in mir jedoch die Angst, dass diese Untersuchungen durch Schulaufsichtsbeamte nicht das leisten könnten, was Untersuchungen durch Arbeitsmediziner und Arbeitssicherheitsexperten leisten müssten. Inwieweit die Inspektoren hier die nötigen Qualifikationen haben, diese Überprüfung sachgerecht durchzuführen, müssen wir abwarten.

Eines aber habe ich vehement vermisst: das Thema **Datenschutz**. Datensicherheit kommt in der 85-seitigen Kurzinformation nicht vor. Anscheinend sieht

das Ministerium hier keinen Handlungsbedarf. Schade!

Sprachlich ist diese Handreichung ein Meisterstück. Sie schwankt zwischen sozialwissenschaftlicher Fachterminologie und herzerwühlender ostwestfälischer *SpätSommerlyrik*. Hat man dann diese Handreichung zur Pilotphase zum dritten Mal gelesen, ist man sich nicht mehr ganz sicher, ob nun die Fingerschul-Haftigkeit einer Schule im Analyse-Fokus steht oder doch nicht.

Damit ich nicht falsch verstanden werde: Nach PISA und IGLU wird es keine Lehrerin und keinen Lehrer, keine Schule und keine Gewerkschaft geben, die schlicht und ergreifend eine Qualitätsanalyse ablehnen können. Jedoch muss gelten:

- Weniger ist oft mehr.
- Das, was die Schulverwaltung bereits heute aufgrund von Daten, die vorliegen, ermitteln kann, das soll sie ermitteln und damit nicht die Schule belasten.
- Wenn Mängel festgestellt werden, sind diese zu beheben, z.B. dadurch, dass die Schulen mehr Ressourcen erhalten und dass man den anthropogenen und soziokulturellen Voraussetzungen mehr Rechnung trägt.

In der Stellungnahme von DGB und GEW heißt es dazu: „Grundlage des Entwurfs und Ausdruck seiner konzeptionellen Schwäche ist ein Politikverständnis, das weniger Mitbestimmung und Mitwirkung für hilfreich bei der Schulentwicklung hält. So wird erneut die hierarchische Struktur des Schulwesens gestärkt. Wie schon im Schulgesetz wird auch in dieser Verordnung die Bedeutung der Schulleitung überbetont, die Rolle des Lehrerkollegiums und seiner demokratischen Organe wird reduziert und bleibt ungenau definiert. Nach gleichem Muster wird mit der Einführung der Qualitätsanalyse die nahezu alleinige Fremdevaluation durch Organe der Schulaufsicht durchgesetzt. Diese wird aber ohne die Implementierung regelmäßiger Verfahren der Selbstevaluation an dem Schulen selbst einen großen Teil der gewünschten Wirkung nicht erzielen können. Konzeptionell hinkt der Verordnungsentwurf damit etwa 15 Jahre hinter der internationalen Entwicklung her.“

Qualitätsanalyse und Qualitätssicherung – Ja!  
Doch so aber sicher nicht.

Karl-Heinz Mrosek

## GEW-Stellungnahme zur Einführung von Schulinspektionen

Beschluss des Landesvorstandes vom  
24./25.09.2004

Die Landesregierung beabsichtigt die Einführung von Schulinspektionen als weiteres Element der Qualitätsentwicklung und –sicherung. Parallel zur Dezentralisierung, d.h. der Aufgabenverlagerung auf Schulen sollen Schulinspektionen als externes Controlling-Instrument eingeführt werden.

Die GEW stellt fest:

Vor dem Hintergrund von Arbeitszeitverlängerung und immer höheren Anforderungen an Lehrkräfte lehnt die GEW weiteren Druck durch Kontrolle ab. Auf dem Weg zu größerer pädagogischer Eigenständigkeit ist es vordringlich, die Schulen bei der Selbstevaluation zu unterstützen. Dazu benötigen Kollegien und Schulleitung umfangreiches Know-how und zeitliche Ressourcen.

Bei der Einführung von Schulinspektionen müssen deshalb folgende Voraussetzungen gegeben sein:

1. Schulinspektionen müssen institutionell und personell von Schulaufsicht (Fach-, Dienst- und Rechtsaufsicht) getrennt sein. Dazu bedarf es der Schaffung einer eigenen unabhängigen Einrichtung.
2. SchulinspektorInnen müssen schulformübergreifend arbeiten. Das bedarf hoher professioneller Kompetenz.
3. Schulinspektionen entfalten nur positive Wirkung, wenn sie bei den Beschäftigten auf Akzeptanz stoßen und der Schwerpunkt auf der Beratung liegt. Diese Beratung muss professionell, nachfrageorientiert, orts- und zeitnah erfolgen und dabei externe Kompetenzen einbeziehen können. Das Ergebnis der Inspektion soll Anregungen zur Selbsthilfe geben und Perspektiven aufzeigen.
4. Schulinspektionen müssen die bisherige Arbeit der Schule und ihrer Rahmenbedingungen in ihre Prüfkriterien einbeziehen. Sie setzen Transparenz und Information für die Beschäftigten voraus.
5. Schulinspektionen können nur auf der Basis von zentral festgelegten und politisch verantworteten Standards erfolgen. Das gilt sowohl hinsichtlich der Qualitätskriterien als auch der personellen und materiellen Ressourcen.

6. Schulinspektionen müssen Mängel bei den materiellen Lernbedingungen der Schule (Klassen- und Kursgrößen, Unterrichtsverpflichtungen, Gebäude, Ausstattung etc.) feststellen und die Verantwortlichen benennen können. Andernfalls wird die Verantwortung für Veränderungen

gen ausschließlich den Beschäftigten zugewiesen.

Schulinspektionen müssen auf der Basis der Wertschätzung der Arbeit von Lehrerinnen und Lehrern zu einem effektiven Unterstützungssystem führen – einschließlich der materiellen und personellen Ressourcen.

## Einladung zur Jahreshauptversammlung

Termin: Mittwoch, 28. Februar 2007  
18.00 Uhr

Ort: DGB-Haus der Jugend  
Gabelsbergerstraße 12, 45879 Gelsenkirchen  
(direkt am Marktplatz/Margarethe-Zingler-Platz)

**Wir freuen uns auch über den Besuch von Kolleginnen und Kollegen, die nicht Mitglied der GEW sind, sowie über die Gladbecker!**

### Tagesordnung:

#### 1. Regularien

Tätigkeitsbericht / Kassenbericht / Entlastung des Kassierers

#### 2. Analyse der Regierungsarbeit in Berlin und Düsseldorf – Aufzeigen gewerkschaftlichen Handlungsbedarfs

Referent: Andreas Meyer-Lauber, GEW-Landesvorsitzender

#### 3. Anträge und Anfragen der Mitglieder

Der Vorstand

### *Rechenschaftsbericht zur Vorstandsarbeit 2006*

Die **Zahl der Mitglieder** ist stabil, sie liegt bei 1050.

#### **Vorstandssitzungen:**

25.01., 15.02., 15.03., 05.04., 17.05., 21.06., 16.08.,  
20.09., 18.10., 15.11., 13.12.2006

#### **Veranstaltungen**

01.02. Jahreshauptversammlung mit Wahlen zum Vorstand, mit inhaltlichem Schwerpunkt Schulentwicklungsplan (Referent: Dr. Manfred Beck)

12.06. Ehrungen von 25-/40-jährigen Mitgliedschaften in der GEW; aus Anlass von 25 Jahren Mehrheit der GEW-Fraktion im Personalrat Grund- und Hauptschule und Tätigkeit von Karl-Heinz Mrosek als Vorsitzendem

04.09. Islamismus an Gelsenkirchener Schulen (Referent: Ayhan Senyurt, Journalist). Teilnehmerzahl: ca. 100

04.11. Neue tarifliche Regelungen für Angestellte, Überleitungsvertrag (Referenten: Margret Schröer, Karl-Heinz Mrosek)

23.11. Bewerbertraining im Primarstufenseminar

## Stadtverbandszeitungen

Januar: GE – W 140

Themenschwerpunkt: Qualität von Unterricht

Februar: GE – W 140 EXTRA  
zur Personalversammlung Grund-/Hauptschule

August: GE – W 141

Themenschwerpunkt: Islamismus an Gelsenkirchener Schulen

## Tarifaueinandersetzung 2006

Angestellte Mitglieder der GEW Gelsenkirchen nahmen an verschiedenen Streikaktionen teil

**AG Islamismus** von März bis November 2006  
Barbara Friedland, Lothar Jacksteit, Alfons Kunze, Karl-Heinz Mrosek

## AG Masterplan Bildung Ruhrgebiet

Lothar Jacksteit, Alfons Kunze, Gerd Weidemann (GEW GE)

Karl Keining (GEW Bottrop)

Norbert Müller (GEW NRW)

Brigitte Schumann (Bildungsjournalistin ehem. MdL. Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

**Projektzeitraum:** bis Ende des Jahrzehntes

**Kooperation** mit DGB Region Emscher-Lippe

**Sitzungen:** monatlich seit Februar 2006

## Erstellung der Homepage

[www.masterplan-bildung-ruhrgebiet.de](http://www.masterplan-bildung-ruhrgebiet.de)

## Versand an Schulen (Monat)

- Veranstaltungen, Veranstaltungsort „Institut für Stadtgeschichte“ (01)
- Aufruf zur DGB-/DBB-Demonstration „Stoppt die Taschendiebe“ am 23.03. in Düsseldorf (03)
- „Flächentarifvertrag muss bleiben“, Aufruf zur Kundgebung in Berlin am 09.03. (03)
- „Sozialindex der Landesregierung soll zu mehr Lehrerstellen in Gelsenkirchen führen“ (03)
- „Auflösung der Grundschulbezirke“ (03)

- Unterschriftensammlung „Volksinitiative zur Kinder- und Jugendarbeit“
- Plakate und Mai-Nelken zur 1.-Mai-Veranstaltung (04)
- Aufruf zu „Die Welt zu Gast bei Freunden“, Veranstaltung eines Bündnisses am 10.06. gegen einen Aufmarsch der NPD in Gelsenkirchen (05)
- Flächentarifvertrag „Rüttgers Schulgesetze“ (05)
- GEW-Lehrerkalender an Mitglieder, Ferienaufkleber an alle KollegInnen, Wandkalender (05)
- „Anspruch auf Besitzstandszulage für kinderbezogene Ortszuschlagsbestandteile auch bei Elternteilzeit“ (08)
- Ausbildungsordnung Grundschule (08)
- Mehrarbeit, Elternzeit, Mutterschutz, Wege in den Ruhestand (09)
- Einladung zur Personalversammlung Förder-schulen am 26.10.2006 zu „Schulinspektionen und Qualitätssicherung“
- Bildungsangebote der GEW NRW (10)
- GEW NRW Landesangestelltentag am 04.11.06 (10)
- Schulgesetz 2006 (10)

## Mitgliedergruppenbezogene Anschreiben an Privatadresse

- Anschreiben an alle Mitglieder der Fachgruppe Erwachsenenbildung (10)
- Einladung an alle Mitglieder unter 35 zu einem „Nikolaustreffen“ am 06.12. in Düsseldorf (10)
- Einladung an alle Angestellten zu einer Veranstaltung am 30.11. (10)

Stellungnahme zum Schulentwicklungsplan Grundschulen

## Mitarbeit in der DGB Region Emscher-Lippe Leitung und Mitarbeit im Bezirksausschuss Münster

**Dank an** alle Mitglieder, Vertrauensleute, Personalratsmitglieder und Vorstandsmitglieder, die unsere Arbeit begleitet, ermöglicht und getragen haben.

## Der Vorstand



## **Die Rungenbergschule in Gelsenkirchen-Beckhausen**

Die Rungenbergschule ist eine Schule mit langer Tradition. Das klassische Schulgebäude hat die verschiedensten Schulformen erlebt, wurde im 2. Weltkrieg fast völlig zerstört, aber schnell wieder aufgebaut. Im Jahr 1999 erfuhr es eine groß angelegte Renovierung.

Die Förderschule ist fest im Stadtteil Beckhausen integriert und trägt wegen der Nähe zur inzwischen als Naherholungsgebiet ausgebauten Halde der ehemaligen Zeche Hugo den Namen „Rungenbergschule“.

Die lange Tradition unserer Schule spiegelt sich auch in unserer Arbeit wider. Ein wichtiger Aspekt unserer Arbeit ist die Kontinuität. Jede Klasse hat – wenn möglich – über viele Jahre die gleiche Klassenlehrerin oder den gleichen Klassenlehrer. Das schafft Vertrauen auf Seiten der Schüler und Schülerinnen und gibt den Lehrkräften die Möglichkeit, die Kinder genau kennen zu lernen, ihre Stärken und Schwächen auszuloten und basierend auf den Stärken des Kindes eine adäquate Förderung im kognitiven, sprachlichen, emotionalen, sozialen und motorischen Bereich umzusetzen. Zu dieser Kontinuität trägt auch das Beratungskonzept der Rungenbergschule und die Elternarbeit bei.

Erst in der Oberstufe tritt ein LehrerInnenwechsel ein. Zum einen soll den Kindern so der Eintritt in eine neue Phase des schulischen Lernens, hin zum Erwachsenwerden und hinführend zu einer beruflichen Tätigkeit vermittelt werden, zum anderen wurde im Laufe der Jahre immer deutlicher, dass sich die Anforderungen an die LehrerInnen in der Oberstufe grundlegend ändern. Kontakte zu außerschulischen Institutionen müssen verstärkt geknüpft und gehalten werden, die Beratungstätigkeit intensiviert sich und eine Fülle von Terminen und Materialien zur Berufsvorbereitung müssen beachtet, angewendet und gepflegt werden.

Die Kontinuität der Rungenbergschule findet sich aber auch im Schulleben wieder. So ist es schon lange üblich, dass sich die Klassen der Schule gegenseitig besuchen, um sich Unterrichtsprojekte vorzustellen und zu präsentieren, dass die Schulordnung gemeinsam mit den Schülern und Schülerinnen verfasst und umgesetzt wird, dass Klassen gegeneinander oder zusammen das traditionelle Schlagballspiel spielen, dass sich einmal in der Woche die gesamte Schule zum gemeinsamen Singen im Chor trifft, usw..

Die Schwerpunkte der sonderpädagogischen Förderung an unserer Schule liegen im Bereich der Erziehungsarbeit, der Berufsvorbereitung, der Umwelt-Projektarbeit, des Percussionensembles und der Arbeitsgemeinschaften. Im nächsten Schuljahr wird die Rungenbergschule offene Ganztagschule.

Die Erziehungsarbeit findet neben dem täglichen sozialen Lernen im Klassenraum und im außerschulischen Unterricht vor allem in der Trainingsraumarbeit und der Arbeit mit Förderplänen ihren Ausdruck:

SchülerInnen, die auffällig den Unterricht stören, bekommen direkt folgend auf die Störung, die Möglichkeit, im Trainingsraum in einem Einzelgespräch mit einem Lehrer oder einer Lehrerin Handlungsalternativen zu ihrem Verhalten zu entwickeln. Zwei positive Effekte ergeben sich sofort: Die störenden SchülerInnen können für eine gewisse Zeit nicht mehr die MitschülerInnen und die LehrerInnen stören und haben gleichzeitig die Möglichkeit an sich zu arbeiten, zu lernen, wie sie sich anders verhalten können.

Einmal in der Woche führen die LehrerInnen der Rungenbergschule mit jeweils drei SchülerInnen einer Klasse in Einzelsitzungen Förderplangespräche. Jeder dieser SchülerInnen überlegt sich gemeinsam mit den LehrerInnen für die folgenden Wochen einen Arbeitsschwerpunkt mit Zielvereinbarung. Der Schwerpunkt kann z.B. im Verhaltensbereich liegen oder z.B. in einem fachlichen Bereich wie Mathematik oder Deutsch. Zur Erreichung der Ziele wird gemeinsam überlegt, welche Maßnahmen am Besten zu diesem Ziel führen können. Dabei werden wo immer möglich die Stärken der SchülerInnen genutzt.

Zur Optimierung der Berufsvorbereitung wurde ein festes Oberstufenteam eingerichtet. Dieses Team von LehrerInnen hat sich auf ein abgestimmtes Vorgehen in der Oberstufe geeinigt und entsprechende Planungen mit Verweis auf entsprechende Materialien festgehalten. Kontakte wurden geknüpft, die Planungen umgesetzt und evaluiert. Eltern, SchülerInnen, BerufsberaterInnen und Arbeitgeber treffen in der Rungenbergschule auf ein Oberstufenteam mit hoher berufsvorbereitender Kompetenz.

Seit mehreren Jahren kümmern sich Klassen der Rungenbergschule in Zusammenarbeit mit zuständigen Behörden um die naheliegende Rungenberghalde. Sie legen dort Biotope an, kümmern sich um den Wasserzufluss zu diesen Biotopen und beobachten, wie sich langsam Tiere ansiedeln. In Zusammenarbeit mit der Garten-AG der Rungenbergschule wird auf dem Schulgelände ein Schulgarten gepflegt und geführt, der bald durch einen Teich ergänzt wird.

Das Percussionensemble besteht zurzeit aus zwei Klassen, die seit kurzem wöchentlich ein rhythmisches Repertoire aufbauen und einüben und dies bei öffentlichen Veranstaltungen präsentieren.

Einmal in der Woche treffen sich die Klassen der Mittel- und Oberstufe zu gemeinsamen Arbeitsgemeinschaften. Zurzeit bieten wir die Arbeitsgemeinschaften Fußball, Tanz, Basketball und Garten an.

Die Schüler und Schülerinnen haben an der Rungenbergschule die Möglichkeit einen Sonderschulabschluss nach Klasse 10 zu erreichen oder mit einem Abgangszeugnis die Schule zu verlassen. Besonders leistungsstarke Schüler haben die Möglichkeit einen Hauptschulabschluss zu erreichen, der mit dem Abschluss der Klasse 9 der Hauptschule vergleichbar ist.

Um die hohe Qualität der Arbeit an unserer Schule zu sichern, sehen wir uns dem Prinzip der ständigen Qualitätskontrolle verpflichtet. Dies wird deutlich in den ca. monatlich stattfindenden Stufenkonferenzen. Die Teams von Unterstufe, Mittelstufe und Oberstufe konzipieren dort gemeinsam ihre Arbeit, bringen diese Planungen in den Unterricht ein und evaluieren sie. Um die Arbeit stets zu verbessern, wird an Bewährtem festgehalten, ohne dabei zu vergessen sich zu entwickeln. So wird in Zusammenarbeit mit den Falken Gelsenkirchen die Rungenbergschule bereits im nächsten Schuljahr zu einer offenen Ganztagschule. SchülerInnen der Unterstufe und der Mittelstufe haben dann die Möglichkeit, auch nachmittags die Rungenbergschule zu besuchen. Sie werden bei den Hausaufgaben betreut, haben die Möglichkeit gemeinsam zu spielen und bekommen ein warmes Mittagessen. Im gleichen Zeitraum wird in der Rungenbergschule endlich ein Computerraum eingerichtet und die Klassen werden mit entsprechenden Medienecken ausgestattet.

Unterstützt von hervorragend zusammenarbeitenden Mitarbeitern ergibt sich so für SchülerInnen, LehrerInnen, Schulleitung, Hausmeister und Putzfrauen eine positive Arbeitsatmosphäre. Ohne zu übertreiben kann man sicherlich behaupten, dass alle Beteiligten gerne in unsere Schule, in die Rungenbergschule, kommen.

Stefan Werner

---

**Druck:           Firma Blömeke SRS GmbH**  
**Resser Straße 59, 44653 Herne**

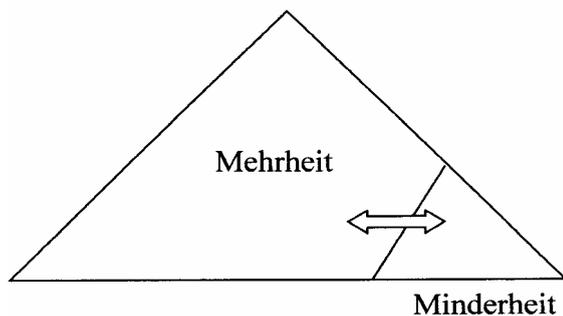
**Auflage:           3 500 Exemplare**

**Türkisch-islamistische Aktivitäten in Köln und anderswo**

Viele Kolleginnen und Kollegen meinen, sie könnten sich noch entscheiden, ob sie sich – trotz der allgegenwärtigen und dabei grundsätzlich falschen Verbindung von Terror und Islam – mit dem Islamismus beschäftigen sollten oder nicht.

Einige Kolleginnen können sich nicht mehr entscheiden, für sie ist die Beschäftigung mit dem Islamismus eine Frage des beruflichen Überlebens geworden. Für wenige ist – angesichts von Morddrohungen – die Beschäftigung mit dem Islamismus eine Aufgabe des Überlebens im wortwörtlichen Sinne.

Bei der soziologischen Unterscheidung von Mehrheit und Minderheit einer Gesellschaft werden oft Bewertungseinteilungen benutzt wie: fortschrittlich – reaktionär, richtig – falsch, national – marginalisiert, einheimisch – fremd oder ähnliche. Betroffene Gruppen deuten sich selbst als grundsätzlich gut, richtig usw., sehen sich somit selbst als positiv, während der Gegenpart abgelehnt wird.

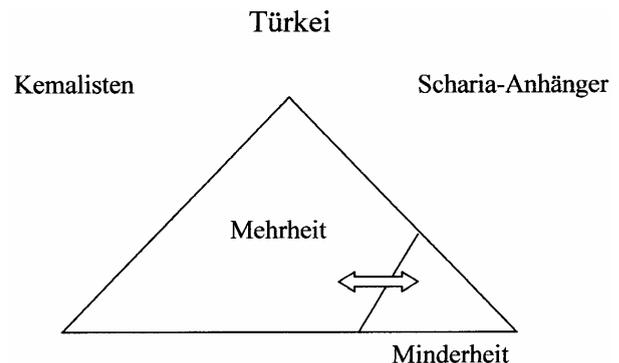


Ethnische bzw. religiöse Deutungen von Konflikten zwischen einer Mehrheit und einer Minderheit sind eine Realität in den Köpfen der handelnden Menschen, und insofern sind sie hier zu nennen. Hinter solchen Konflikten verbergen sich aber regelmäßig wirtschaftliche Konflikte oder Machtansprüche, die oft mit unzutreffenden Verallgemeinerungen beschrieben werden, ohne dass dabei der wirtschaftliche oder politische Zusammenhang erhellt wird. Diese Auseinandersetzungen entsprechen aber auch dem gleichsam „natürlichen“ Vorgang von Nähe bzw. Vertrautheit gegen Fremdheit bzw. Ablehnung. Einige Menschen sind mir vertrauter als andere (meine Eltern z.B.), bei Fremden verspüre ich eher Angst und weniger Neugier.

In der Türkei ist die Mehrheit sunnitisch (die „Sunna ist eine der beiden großen Strömungen im Islam) und türkisch. Die Minderheit ist alewitsch (eine andere religiöse Strömung), jüdisch oder christlich; zu den Christen gehören die Aramäer, die Armenier und die Griechen. Zu den ethnischen Minderheiten gehören die Kurden, die Armenier, die Araber, die Griechen usw.

In der Türkei ist der gesellschaftliche Kampf zwischen zwei Strömungen um die Herrschaft in Staat und Gesellschaft (noch) nicht entschieden:

- die Armee ist kemalistisch, d.h. sie verteidigt die mit der Staatsgründung der türkischen Republik verordnete Annäherung der Türkei an Europa; das bedeutet u.a. laizistische Schulen und Hochschulen, weitgehende Trennung von Staat und Religion (auf dem Kasernengelände darf es keine Moschee geben), staatliche (nicht religiöse!) Rechtsprechung, Kopftuchverbot;
- der jetzige Ministerpräsident Recep Erdogan und mit ihm die Mehrheit im türkischen Parlament versuchen dem Islam auch im staatlichen Bereich Geltung zu verschaffen: Förderung von islamischen Privatschulen (Predigerschulen), Durchsetzung der Scharia, dem islamischen Recht, Einhaltung des (vermeintlichen) islamischen Gebotes, wonach Frauen ihr Haar zu bedecken (d.h. ein Kopftuch zu tragen) haben.

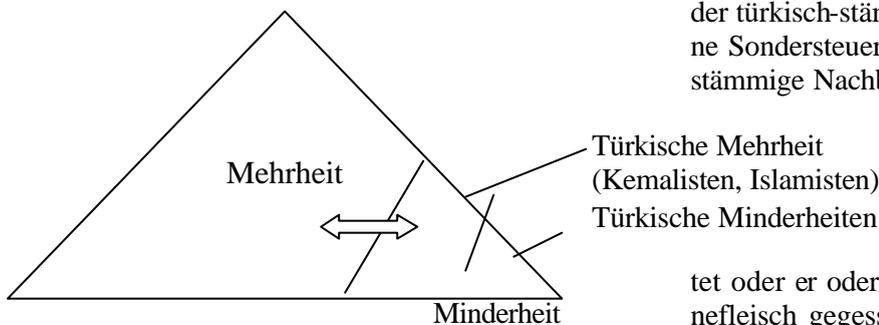


In der Türkei sind seit dem Ende des 19. Jahrhunderts gleichsam wellenförmige Bewegungen zu beobachten, in denen Minderheiten von der Mehrheit (fast) ausgelöscht wurden, nämlich die christlichen Aramäer, Armenier und Griechen usw.. Zur Begründung des Ethnozids wurden religiöse oder nationale Argumente genannt, entscheidend waren wirtschaftliche oder politische Motive. Zur Zeit führt die türkische Armee in den Ostprovinzen des Landes unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung einen Krieg gegen Menschen, die Kurden bleiben wollen und sich „weigern“, türkische Sunniten zu werden.

Die Gastarbeiter, die während der letzten 50 Jahre nach Deutschland kamen, brachten in ihren Köpfen ihre Kategorien gesellschaftlicher Deutung mit. Es gibt somit unter ihnen viele, die „türkischen“ Minderheitskulturen entstammen und die sich als kulturell (und das heißt in der Regel auch religiös) un-

terschiedliche Minderheiten gleichberechtigt in einem demokratischen Deutschland einbringen und entsprechend friedlich an der Gestaltung der gemeinsamen Zukunft mitarbeiten wollen. Sie erfahren aber vielfältig, dass ihre Konflikte mit den Vertretern der türkisch-sunnitischen Mehrheitskultur in Deutschland nicht wahr- bzw. nicht ernst genommen werden, ja dass der Anspruch von türkisch-sunnitischen Stellen bzw. Verbänden, für alle (!) Türken zu sprechen, von der deutschen Mehrheit akzeptiert wird. So erhalten sie nur selten die Möglichkeit, von ihren Ängsten und von ihren Erfahrungen mit der türkisch-sunnitischen Mehrheit in der Türkei zu sprechen.

## Deutschland



Die Vertreter der türkischen Mehrheitsgesellschaft in Deutschland deuten die vielfältigen wirtschaftlichen und sozialen Diskriminierungen (am Arbeitsplatz, im Lebensstandard, bei der Vergabe schulischer Abschlüsse, bei den Aufstiegschancen, in der sozialen Wertschätzung, ja selbst bei Zutritt zu einer Diskothek) unterschiedlich: Während Kemalisten eher geneigt sind, alleine oder in Gruppen den langen Marsch durch die deutschen Institutionen anzutreten, greifen Anhänger der Scharia eher auf ein ihnen bekanntes Deutungsmuster zurück; sie möchten im Haus des Islam (*Dar al-Salam*, Haus des Friedens, auch: *Dar al-Islam* genannt) leben und nicht im Haus des Krieges (*Dar al-Harb*). Je mehr Ablehnung sie erfahren, desto mehr setzt sich in ihnen die Überzeugung fest, dass Deutschland für sie weder *Dar al-Salam* noch „Vertragsland“ (*Dar al-Aman*, Land mit Sicherheitsgarantie) sei, sondern Kriegsland, das für den Islam zu erobern ist. Folgerichtig werden Jugendliche, die z.B. in Bozkurt-nahen Moscheen „betreut“ werden, „Soldaten“ (sic!) genannt.

Auch wenn hier aus analytischen Gründen die Grenzlinien scheinbar klar gezeichnet werden, sind diese Abgrenzungen bei den einzelnen Individuen oft verschwommen bzw. fließend. Jemand, der über

einen Arbeitsplatz fest in der deutschen Gesellschaft integriert ist, denkt nicht islamistisch; wer sich in dieser Gesellschaft nicht angenommen weiß, glaubt, er befinde sich im Haus des Krieges, dem *Dar al-Harb*, und er müsse für die Durchsetzung des religiösen Rechtes, der *Scharia*, in Deutschland kämpfen. Die „Schläfer“ zeigen allerdings auch, dass in einigen, scheinbar fest integrierten Mitbürgerinnen und Mitbürgern islamischen Glaubens angesichts des Elends, das sie bei ihren Glaubensbrüdern und –schwestern weltweit sehen, das islamische Gewissen erwacht und dass sie auch zu Selbstmordattentaten bereit sind.

Im Kampf für die Sache Gottes (*Dschihad*) gibt es unterschiedliche Strategien und Taktiken: Da wird der türkisch-stämmige Kioskbesitzer „gebeten“, eine Sondersteuer abzuführen; da wird der türkisch-stämmige Nachbar „gebeten“, dem entsprechenden

Moschee-Verein beizutreten; da wird der Lehrer bzw. die Lehrerin des muttersprachlichen Unterrichts „befragt“, ob er oder sie heute schon ge-

tet oder er oder sie jüngst eine Wurst mit Schweinefleisch gegessen oder Alkohol getrunken habe. Und wenn die Antwort verweigert wird, wird die „befragte“ Kollegin oder der „befragte“ Kollege als ungläubig deklariert, und Ungläubigen braucht ein „Soldat“ keinen Gehorsam zu leisten.

Schülerinnen werden mit einem Kopftuch in die Schule geschickt; sie provozieren auf ihre Art freundlich, alleine durch das Tragen des Tuches, und schaffen so Freiräume für andere islamistische Aktivitäten.

Die andere Seite dieses Zweit-Fronten-Krieges ist die deutsche Mehrheitsgesellschaft. Da gibt man sich jovial und zeigt sich anpassungsfähig: die „Soldaten“ werden Mitglied der CDU oder der SPD und antworten auf erste Formen der Kritik an türkisch-islamistischem Integrismus mit dem Tot-

schlagargument der Fremden- oder der Islamfeindlichkeit.

Lehrerinnen oder Lehrer, die darauf achten, dass die Schulordnung eingehalten wird, hören bisweilen aus Kindermund, sie seien „Rassisten“. Der Unterrichtsstoff, mit dem die jugendlichen „Soldaten“ nicht einverstanden sind, weil er angeblich ihrer religiösen Überzeugung widerspricht, wird auswendig gelernt und so vorgetragen, wie es in der Schule erwartet wird: jeder weiß aber, dass das die Lehren der „Deutschen“, der „Christen“, der „Ungläubigen“ sind.

In einigen Schulen bzw. in einigen Klassen wagen es diese muslimischen „Soldaten“, ihren deutschen Klassenkameraden mit Beleidigungen und mit körperlicher Gewalt zu zeigen, wer hier der stärkere ist und was geschehen wird, wenn endlich das wie dergeborene Osmanische Reich, jene erträumte Synthese von ur-türkischem Reich und der *umma*, der Gemeinschaft aller Muslime, in der alle Menschen friedlich nach Gottes Willen leben, verwirklicht wird. Sie sehen nicht, dass sich in diesen so traktierten deutschen Mitschülern ein Türkenhass verfestigt, der später nur schwer aufzuheben sein wird.

Inzwischen mehren sich die Fälle, in denen deutsche Lehrkräfte bekämpft werden, dabei sind es vor allem diejenigen, die das chamäleon-ähnliche Verhalten der „Soldaten“ durchschauen:

- Lehrerinnen werden u.a. mit Schimpfwörtern aus dem Genital- oder Fäkalbereich bewertet,
- Lehrern wird Gewalt angedroht, es gibt bereits ernst zu nehmende Morddrohungen.

Zu der Zeit, als die Ausweisung des „Kalifen von Köln“ auf der Tagesordnung stand, sagte mir ein ehemaliger Schüler, der dem „Kalifatsstaat“ nahe stand: er wisse nun, weshalb Kaplan nicht der Kalif, d.h. der Stellvertreter des Propheten und damit Herr aller Gläubigen, sein könne: Kaplan könne seine Macht als Kalif nicht durchsetzen.

Wenn ich diesen Satz richtig deute, folgt daraus, dass die Schülerinnen und Schüler sich als „Soldaten“ ihrer türkisch-islamistischen Jugendorganisation beweisen können, wenn sie ihre „Macht“ gegen Mitschülerinnen und Mitschüler oder gegen Lehrerinnen und Lehrer durchsetzen können.

Lehrerinnen und Lehrer, die von solchen „Soldaten“ attackiert werden, bedürfen der Solidarität ihrer Kolleginnen und Kollegen und des Schutzes der Schulleitungen und der Schulaufsicht. Wenn diese aber davon ausgehen, dass es sich bei solchen Konflikten um „typische innertürkische Konflikte“ handele, in die man sich besser nicht einmische, oder dass jemand sich nicht (leider!) gegen eine bestimmte Personengruppe durchsetzen könne, dann wird dieser „Jemand“ für weitere Attacken von türkisch-islamistischen Gruppen freigegeben.

Die Konflikte um Frau Seyran Ates, die kürzlich in Berlin ihre Zulassung als Rechtsanwältin zurückgab, weil sie sich angesichts von Bedrohungen alleine gelassen wusste, oder von Frau Ekin Deligöz MdB, die wegen der Morddrohungen gegen sie nach ihrem Aufruf, Frauen sollten das Kopftuch ablegen, unter Polizeischutz lebt, deuten an, was auch Lehrerinnen und Lehrer treffen kann.

Manfred Etscheid

## GEW mit langfristiger Gestaltungsaufgabe

Die AG Masterplan Ruhrgebiet legt ihre bildungspolitische Gestaltungsaufgabe und Mitverantwortung langfristig an, von Februar 2006 bis zum Ende des Jahrzehntes.

[www.masterplan-bildung-ruhrgebiet.de](http://www.masterplan-bildung-ruhrgebiet.de) ist in der Aufbauphase, gedacht als Informationsknoten.

Die AG konzentriert sich auf

- Prävention,
- Wissensmanagement und Veröffentlichung von best-practice,
- Vernetzung in übersichtlichen Förderstrukturen,
- Kleinraumforschung und Bildungsmonitoring.

Warum dieser Aufwand?

**„Verlässliche Unterstützungssysteme?“**

**Mehr Ressourcen entsprechend des Problemdrucks?**

**Elementarbereich, Schulen, andere Bildungsträger bleiben weitgehend auf sich allein gestellt, „den Anteil der im Bildungssystem Scheiternden deutlich zu senken, möglichst alle Begabungsreserven zu aktivieren und den Anteil an erfolgreichen und höherwertigen Abschlüssen zu steigern.“(1)**

**Die Politikfiguren des Ruhrgebietes kommen im Bereich Bildung „einfach nicht in die Pötte“. „Die Entkopplung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg“ durch: „Fördern und Fordern“ in: „neuer Unterrichts- und Schulkultur“(1) bedarf ganz anderer Anstrengungen der Region als bisher.**

**Bildungspolitik im Ruhrgebiet hätte Erich Kästner so kommentiert: „Vor lauter Tun ist alles Tuerei.“\***

**Nur zwei Beispiele:**

Ende Januar 2004 erhielt der Regionalverband Ruhr den Auftrag, einen Masterplan Bildung zu erarbeiten. Es seien „in Stadtteilen mit großen sozialen Problemen und einem hohen Anteil von Migrantenfamilien besondere Anstrengungen nötig, um die schulischen Leistungen der Kinder und Jugendlichen zu verbessern.“(2) Es sollten gar die Ergebnisse der damaligen Lernstandserhebungen zum Instrument werden für zielgerichtetes Handeln, und nichts geschah. Lehrerinnen und Lehrer fragen zurecht: Wozu der ganze Aufwand neben dem Unterricht?

Der genannte Auftrag wurde beim RVR inmitten all‘ seiner Querelen glatt verschlafen.

Ein Masterplan Bildung für das Ruhrgebiet steht bisher nur auf dem Papier, und das wird nach unseren Informationen so bleiben: Frühestens 2009 wird sich der RVR mit Bildung und demographischer Entwicklung befassen. Bis dahin wird der RVR mit einem 6-köpfigen Team an der „Raum- und Siedlungsstruktur nördlich der A 2“ arbeiten.

Auch an anderer Stelle gab es bezüglich Bildung etwas, das im Wesentlichen Papier geblieben ist, nämlich das *Initiativpapier Bildungsoffensive Ruhrgebiet 2020* der Oberbürgermeister und Bürgermeister, welches im Rahmen der Emscher-Lippe Konferenz vom 19.07.2004 verabschiedet wurde. Hier sollten „Nachhaltige strukturelle Veränderungen der Bildungssituation im Kontext des demographischen Wandels“ in die Wege geleitet werden.(3)

Nach Auffassung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft werden demographische Entwicklung und Bildungsbenachteiligung in vielen Stadtteilen des Ruhrgebietes nicht entschieden genug angegangen.

Es fehlt regional vernetztes, konsequentes Handeln angesichts von Tatsachen wie:

- Die Bevölkerung wird weniger, älter, bunter.
- In der alternden Gesellschaft stellen auch und gerade Kinder aus Problemregionen das Potential der zukünftigen Arbeitnehmerschaft dar.
- Zunehmende Armut und Bildungsarmut bedeuten den sicheren sozialen Ausschluss für Kinder und Jugendliche und gefährden die Entwicklung des Ruhrgebiets unter sozialen, demokratischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten.
- Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund dürfen nicht länger zurückgelassen werden; sie brauchen Perspektiven für eine gleichberechtigte und gleichwertige Teilhabe.

Im Ruhrgebiet zeigen sich diese Effekte des demographischen Wandels früher und schneller als anderswo.

Das Ruhrgebiet muss hier Modellregion für NRW werden.

Besonders und zuallererst hier - wo von (jeweils circa) 80.000 Arbeitslosen in der DGB Region Emscher-Lippe 60.000 keine Berufsausbildung und 45.000 keinen Schulabschluss vorweisen – „müssen die bildungspolitischen Maßnahmen darauf ausgerichtet sein, Kenntnisse, Fertigkeiten und Kompetenzen ... vor allem der besonders Benachteiligten ... zu verbessern.“

Es muss endlich berücksichtigt werden: „Vorschulbildung zahlt sich im Hinblick auf Bildungserfolg und soziale Eingliederung besonders aus. Vorschulbildung ist das effektivste Mittel, um

- eine Grundlage für das weitere Lernen zu schaffen,
- dem Schulversagen vorzubeugen,
- mehr Gerechtigkeit bei den Bildungsergebnissen zu erreichen.(4)

Das, was die einzelnen Städte für den ersten Lebens- und Bildungsabschnitt leisten können, (neben den für andere kommunale Bereiche zuständigen Präventionsräten, Ehrenamtsagenturen, Stabsstellen,

Stadtteilkonferenzen,..) wird bestenfalls dazu beitragen, dass eine schwierige Situation sich nicht verschlechtert. Verbesserungen, ein Durchbruch im Bildungsbereich ist, allein von der einzelnen Kommune versucht, keinesfalls zu erwarten. An recht vielen Stellen gibt es erhebliche Anstrengungen und dabei hervorragende Resultate. Es wird bei allen Bemühungen – auch vor dem Hintergrund der Nothaushalte – der große Wurf nicht möglich sein.

Und so wird Geburtsjahrgang für Geburtsjahrgang, der aus den Problemvierteln des Ruhrgebietes hervorgeht, vernachlässigt - zynisch gesprochen, Humankapital vergeudet.

Eine Bildungsoffensive Ruhrgebiet erfordert hunderte von Millionen Euro. Deshalb ist auszuloten, den Europäischen Sozialfond (ESF) 2007 bis 2013 in Anspruch zu nehmen. Es geht doch in anderen Bereichen, Geld zu akquirieren:

Das Ruhrgebiet erhielt 361 Millionen Euro im Zeitraum 2000 bis 2006 aus dem NRW-EU-Ziel 2 Programm für kommunale Entwicklungsschwerpunkte. Hier wurde und wird ersichtlich Einsatz der Kommunen sichtbar, erst kürzlich wurde eine Stelle für Wirtschaftsförderung geschaffen.

Es kann nicht sein, dass es einen adäquaten Einsatz der Politik für Bildungsförderung nicht gibt. Wie sollen angesichts der Demographieszenarien die Verantwortung für die jungen Menschen und die Kompetenzentwicklung der Region (Fachkräftemangel) geschultert werden?

Es kann nicht sein, dass der Europäische Sozialfond bisher nur genutzt wurde für Intervention dann, wenn Jugendliche beim Übergang von der Schule in den Beruf als gescheitert identifizierbar sind.

Warum wird der ESF nicht genutzt für „Bildung von Anfang an“, für die „Sicherung einer angemessenen Förderung von Zielgruppen, insbesondere auch arbeitsmarktfernen Gruppen“?(6)

Eine Bildungsoffensive Ruhrgebiet 2020, ein Masterplan Bildung brauchen eine „koordinierende, organisierende und moderierende Instanz als zentrale Anlaufstelle für alle Akteure“(5) – so wie es sie für Wirtschaft, Kultur, Raum- und Stadtent-

wicklung, ... schon gibt.

Vernetzung und Kooperation im Ruhrgebiet ist also an einigen zukunftsbedeutsamen Stellen durchaus gegeben:

- G 8 Masterplan Ruhrgebiet von 8 Städten zur räumlichen Entwicklung,
- Masterplan Emscher,
- Es gibt sogar ein Förderungsprogramm für Schienenanschlüsse,
- Masterplan Logistik 2005,
- Masterplan Emscher – Landschaftspark,
- **Oder auch die bisher durchaus erfolgreiche Zusammenarbeit bei der „Kulturhauptstadt 2010“,**
- **seit kurzem Wirtschaftsförderung.**

- **Abstimmung zwischen Verwaltungseinrichtungen, die nebeneinander agieren,**

- **Sammlung, Sichtung, Prüfung und Überarbeitung von funktionierenden Konzepten, Praxisbeispielen.**

All' dies bringt das Ruhrgebiet voran, Schritt für Schritt.

Bei der Bildung bedarf es eines mindestens gleichrangigen Einsatzes bei der Vernetzung von Politik, Wissenschaft, Regionalverband Ruhr und / oder Projekt Ruhr, Verwaltung.

Absichtserklärungen müssen endlich Taten folgen.

*AG Masterplan Bildung Ruhrgebiet*

*Lothar Jacksteit, Karl Keining, Alfons Kunze, Norbert Müller, Brigitte Schumann, Gerd Weidemann*

**\* Was auch auf das Berichtsunwesen gemünzt ist, die Flut an unsinnigen Aufträgen, mit denen Lehrerinnen und Lehrer seit geraumer Zeit am Kerngeschäft, der Vor- und Nachbereitung des Unterrichts gehindert**

**werden.**

GEW fordert die Schaffung von nachhaltigen und synergetisch wirkenden Unterstützungsstrukturen

**1. Masterplan Bildung Ruhrgebiet als Querschnittsaufgabe der Europäischen Union, des Bundes, des Landes NRW und der Kommunen des Ruhrgebietes.**

**2. Bildungseinrichtungen und Projektträger brauchen eine Anlaufstelle, die ihnen Aufgaben abnimmt wie:**

- **Finden von staatlichen**

- (1) Fördern und Fordern - Gemeinsame Erklärung der Kultusministerkonferenz und der Bildungs- und Lehrgewerkschaften, 19.10.2006
- (2) Westdeutsche Allgemeine Zeitung. Ulrich Horn, 13.11.2004 <http://www.masterplan-bildung.de/content/view/96/178/>
- (3) <http://www.masterplan-bildung.de/content/view/94/178/>
- (4) Jan Figel, EU-Kommissar für allgemeine und berufliche Bildung, Kultur und Mehrsprachigkeit in: Milliardenkosten durch Nichtbeachtung der sozialen Rendite der allgemeinen und beruflichen Bildung 08.09.2006
- (5) Kooperation in der Benachteiligtenförderung, Studie der Uni Dortmund / Prof. Dr. Pätzold und Dipl. Päd. Judith Wingels im Auftrag der Bund – Länder – Kommission, 30.05.2006 <http://www.masterplan-bildung.de/content/view/170/85/>
- (6) Ausschreibungskriterium für den Europäischen Sozialfond 2007 bis 2013

## Mitgliederversammlung zum Islamismus am 04.09.2006

### Nachlese

#### **„Islamistische Tendenzen sind keine Einzelfälle“**

##### GEW setzt in den Schulen auf Aufklärung

Selten hat die GEW bei ihren Veranstaltungen so viel Zulauf wie Montagabend: 100 Lehrerinnen und Lehrer kamen in die Gesamtschule Berger Feld, um über ein brisantes Thema zu diskutieren: „Islamistische Einflüsse in unseren Schulen“. Brisant deshalb, weil die Lehrer-Gewerkschaft das Thema im Frühjahr öffentlich gemacht und Missstände angeprangert hatte – und dafür auch Prügel einstecken musste. Prügel zum einen, weil die GEW die Gesamtschule Ückendorf als (einziges) Beispiel für ihre Kritik ins Feld führte. Und Prügel zum anderen, weil sich die Moschee Kesselstraße verleumdet fühlte.

Davon war nun kaum mehr die Rede. Der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ging es zuallererst um Information. Wie anderswo, so GEW-Sprecher Karl-Heinz Mrosek, habe sich auch in Gelsenkirchen „etwas

entwickelt, von dessen Existenz wir nichts gewusst haben“: der Einzug des Islamismus in die Schulen.

„Brisant“ sei es, hier den Finger in die Wunde zu legen, weiß der GEW-Vize, doch da islamistische Tendenzen „keine Einzelfälle“ seien, gelte es zu sensibilisieren, gerade auch die Lehrerschaft. Der Referent Ahmed Senyurt, der als Fernseh-Journalist Beiträge zum Thema etwa für Monitor und Frontal 21 drehte, stellte islamistische Organisationen und ihre Strategien vor. Sein Appell: Lehrer sollten kritisch mit Migranten-(Kindern) diskutieren, auch jenseits der „Political Correctness“; etwa zum Thema Kopftuchverbot.

Mrosek fordert die Kollegen zu Wachsamkeit auf, gerade auch diejenigen, die glauben an ihren Schulen gebe es keine islamistischen Einflüsse. (...)

M.M.

WAZ:06.09.06

Der Referent der  
Veranstaltung  
am 04.09.2006  
Ahmed Senyurt

✉ Leserbrief ✉ Leserbrief ✉ Leserbrief ✉ Leserbrief ✉ Leserbrief ✉ Leserbrief

10.09.2006

## Einladung zum Friedenszelt Zelt der Religionen

Sehr geehrter Herr Mrosek,

damit Sie sich besser über den Islam in Gelsenkirchen und den Dialog zwischen Christen und Muslime informieren können, lade ich Sie zu einer Veranstaltung am Mittwoch, dem 13. September, ein.

Leider muss ich sagen, dass Ihre Vertreterin bei der Konferenz zum interreligiösen Dialog nur Bruchstücke übermittelt hat. So hat nicht nur die Stadt, sondern auch der Arbeitskreis Moschee und Kirche zu dieser Veranstaltung eingeladen. Frau Reker hat bei der Veranstaltung überhaupt nicht gesprochen. Vielmehr hat der Oberbürgermeister, Herr Baranowski, und der Integrationsbeauftragte des Landes NRW, Herr Kufen, gesprochen. Die kurzen Stellungnahmen der Moscheevereine und der Kirchen waren sicherlich sehr ähnlich, denn sie vertraten alle die Tendenz, dass der Dialog sehr wichtig ist. Jeder begründete dies natürlich aus seiner Tradition. So wie Herr A. Senyurt die Meinung vertrat, dass ein Dialog nur auf gleicher Augenhöhe geführt werden kann und dass dieser Dialog kritisch sein muss, lauteten die Ergebnisse der Arbeitsgruppen „Chancen und Grenzen des Dialogs“. Da, wo einer seine religiösen Erfahrungen über die religiösen Erfahrungen des anderen setzt, ist ein Dialog auf gleicher Augenhöhe nicht gegeben. Der Dialog zwischen den Religionen geht davon aus, dass es keine absolute Wahrheit gibt. (vgl. Koran 5, 48 und 49, 13) (Wenn Gott gewollt hätte, dann hätte er euch zu einer einzigen Religion erschaffen. Er hat euch in verschiedenen Religionen erschaffen, damit ihr einander kennen lernt.)

(...) Herr Senyurt sagte es sehr treffend, dass die Ablehnung des Kopftuches nicht unsere Stärke, sondern ein Zeichen unserer Schwäche ist. (...)

Mit freundlichem Gruß  
Werner Göbelsmann

23.09.2006

Lieber Kollege Mrosek,

vielen Dank für Deine tel. Antwort auf meinen nds-Leserbrief zum Thema „Islamismus“.

Ich finde es lobenswert, dass ihr euch mit dem Thema beschäftigt habt und bedauere nur, dass es zu solch wichtigem Punkt keinen überörtlichen Austausch gibt, sprich: Informationen zu den einzelnen Ortsverbands-Programmen.

Wünsche Dir weiterhin erfolgreiche Arbeit in der GEW und hoffe, dass es vielleicht einmal zu einer Begegnung kommt.

Zum Schluss noch ein kluger Rat: Lasse Dich **nie!** pensionieren (wie ich mit 65), Du rast anschließend nur noch von Termin zu Termin. Es ist so!!

Weiterhin alles Gute

Eberhard

27.09.2006

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Vielen Dank für die Zusendung eurer GE – W 141-Ausgabe. Es kommt selten vor, dass ich eine Verbandszeitung „in einem Rutsch“ lese. In diesem Falle war dies jedoch so, da sie recht informativ für mich ist.

Ich werde unserem BO-Vorstand empfehlen, sich mit dem Hauptthema eurer letzten Sitzung („Islamismus...“) zu befassen. Nur Offenheit kann uns weiterbringen.

Weiterhin alles Gute bei eurer Arbeit und viele Grüße kurz vor den **verdienten** Herbstferien.

E. Heide

## Antrag zum Gewerkschaftstag 2007

### „Islamismus an Schulen

Der Gewerkschaftstag beauftragt den Landesverband, die o.a. Thematik aufzuarbeiten und Untergliederungen sowie einzelnen Gewerkschaftsmitgliedern Rat und Unterstützung bei der Auseinandersetzung mit dem Phänomen anzubieten.

Begründung:

Lehrerinnen und Lehrer, die in den Ballungsräumen unterrichten, beobachten sehr häufig, dass muslimische Schülerinnen und Schüler mit islamistischen Positionen die Schule belasten und teilweise Schülerinnen und Schüler, aber auch Lehrerinnen und Lehrer unter Druck setzen.

Schulen reagieren häufig hilflos, weil ihnen die Hintergründe nicht bekannt sind. Der GEW-Stadtverband hat aus gegebener Veranlassung im September 2006 eine Informationsveranstaltung zu dieser Thematik durchgeführt, die großes Echo auch bei Kolleginnen und Kollegen anderer Stadtverbände ausgelöst hat. Dabei haben wir festgestellt, dass die GEW zu diesen Vorkommnissen noch keine landesweite Position besetzt. Hier besteht Handlungsbedarf.“

Am 04. Oktober 2006 verstarb plötzlich und unerwartet unser Kollege

## **Michael Laux**

Mit ihm verlieren wir einen engagierten Kollegen, der neben seinem großen fachlichen Engagement stets bereit war, über 25 Jahre die GEW und den Personalrat zu unterstützen und aktiv mitzudenken und mitzuarbeiten. Auch über die Grenzen Gelsenkirchens hinaus hat er sich in seiner gewerkschaftlichen Arbeit immer für eine gute Lehrerbildung eingesetzt. Michaels Tod hinterlässt in unseren Reihen eine große Lücke.

Stefan Weissenbach  
Fachgruppe Förderschule

Am Dienstag, 12. Dezember 2006, verstarb im Alter von 69 Jahren unser Kollege, der Lehrer

## **Albin Fiebich**

Er war zuletzt an der Hauptschule Schwalbenstraße tätig.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Margret Schröer  
Fachgruppe Hauptschule

Am 07. November 2006 verstarb im Alter von fast 98 Jahren unser Kollege,

der Rektor im Ruhestand

## **Franz Petzoldt**

Er wurde am 22.11.1908 in Jössnitz/Vogtland geboren. Seit 1955 war er Mitglied unserer Gewerkschaft und unseres Stadtverbandes. Obwohl er schon seit Jahrzehnten in Süddeutschland wohnte, hat er immer noch schriftlich mit seiner GEW in Gelsenkirchen in Kontakt gestanden. In den Jahren vor seiner Pensionierung war er als Rektor an der Hauptschule Im Emscherbruch tätig. Unter seiner Führung entwickelte sich die Hauptschule Im Emscherbruch zu einer regionalen Anlaufstelle für spätausgesiedelte Kinder. Die Probleme dieser Kinder und Jugendlichen lagen ihm auch noch nach seiner Pensionierung am Herzen. Für sein Engagement, das er diesen Kindern und Jugendlichen zuteil werden ließ, wurde ihm das Bundesverdienstkreuz zuerkannt. Wir sind stolz darauf, dass ein Kollege wie Franz Petzoldt zu unserem Stadtverband gehörte und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Unser Mitgefühl gilt den trauernden Hinterbliebenen.

Karl-Heinz Mrosek  
Stellvertretender Vorsitzender



Mobbing spezial

## Anhaltende Schikane macht krank

„Der typische Mobber ist männlich, Vorgesetzter, 35 bis 54 Jahre alt, langfristig beschäftigt.“ Was der „Mobbing-Report“ 2002 zu Tage beförderte, gilt auch heute noch. Der öffentliche Dienst scheint für Schikanen dieser Art besonders anfällig zu sein.

### Wer wird gemobbt?

Das weibliche Opferpotenzial liegt um 75 Prozent höher als bei Männern. Männer sind eher von Vorgesetzten-Mobbing betroffen, Frauen stärker von Mobbing durch Kollegen oder Kolleginnen. Männer sind insbesondere durch Männer gefährdet, Frauen hingegen durch Frauen und Männer. Bezogen auf die Altersstruktur haben Auszubildende (unter 25 Jahren) und Beschäftigte ab 55 Jahren die höchste Mobbingquote unter allen befragten Erwerbstätigen (3,7 bzw. 2,9 Prozent). Am wenigsten (2,2 Prozent) betroffen sind die 45 bis 54-Jährigen.

### Welche Faktoren begünstigen Mobbing?

Begünstigt wird Mobbing durch starre Hierarchien, geringe Transparenz von Arbeitsabläufen und Entscheidungen. Außerdem spielen Defizite im Führungsverhalten, mangelnde Gesprächsbereitschaft von Vorgesetzten und unzureichendes Konfliktmanagement eine Rolle. Nicht ganz unschuldig sind auch die Mehrbelastungen der Beschäftigten bei langen krankheitsbedingten Fehlzeiten oder Beurlaubungen von Kolleg/inn/en.

### Wie wird gemobbt?

Bei Mobbing geht es um „dauerhaftes und systematisches Schikanieren, Herabsetzen und Diskriminieren“ durch Arbeitgeber, Vorgesetzte und Kollegen. Die Varianten sind vielfältig: Arbeiterinnen werden am häufigsten durch das Verbreiten von Gerüchten und Unwahrheiten gemobbt, bei Angestellten und Beamtinnen wird die falsche Bewertung von Arbeitsleistungen als Druckmittel

eingesetzt. Als „beamtentypische“ Besonderheit des Mobbing gilt das Verweigern wichtiger Informationen (59 Prozent), und zwar insbesondere auf höher bewerteten Stellen.

### Tipp: Angriffe notieren

Mobbingopfer tragen die Beweislast. Daher ist es notwendig, Schikanen, Pöbeleien und Diskriminierungen zu dokumentieren. Gibt es keinen anderen Ausweg mehr als die fristlose Kündigung, kann über eine Beweissicherung eventuell nachgewiesen werden, dass der Arbeitgeber in seiner Fürsorgepflicht versagt hat. Die vom Arbeitsamt verhängte Sperre bis zum Bezug von Arbeitslosengeld kann durch einen Entschädigungsanspruch abgemildert werden – höchstens aber für die Zeit bis zum Ablauf des Monats, an dem die ordentliche Kündigung greifen würde.

### Warum wird gemobbt?

Warum sie gemobbt wurden, können sich die Gemobbten vielfach selbst nicht erklären.

Die Mehrzahl aller Betroffenen waren der Studie nach überzeugt, dass Mobbing als „Karrierestrategie“ gegen sie eingesetzt wurde. Neid auf Qualifikation, Kompetenz und Leistungsfähigkeit, persönliche Antipathien des Mobbers gegen die Gemobbten, und schließlich Personal- und Stellenabbau wurden als mögliche Motive benannt.

### Wie wirkt sich Mobbing aus?

Mobbing macht krank, hat gravierende Auswirkungen auf das Arbeits- und Leistungsverhalten und löst damit vielfach Existenzängste aus. Bei

Beamtinnen zeigen sich überdurchschnittlich hohe Werte von krankheitsbedingten Ausfällen. Vor allem wenn das Mobbing vom Vorgesetzten und Kolleg/inn/en ausgeht, steigt die Krankmeldungsquote.

### Welche Konsequenzen kann Mobbing haben?

Die möglichen Konsequenzen sind für die Gemobbten qualitativ und quantitativ höher als für die Mobber selbst. Doch mit arbeitsrechtlichen Sanktionen müssen Mobber rechnen. Laut „Mobbing-Report“ wer-

### für Beamtinnen und Beamte

den überdurchschnittlich häufig mobbende Angestellte versetzt (13,8 Prozent) oder gekündigt (10,7 Prozent). Mobbende Beamte hingegen treffen Versetzungen nur mit 3,8, Kündigungen mit 3 Prozent.

### Was kann gegen Mobbing getan werden?

Da sich Mobbing nie ganz verhindern lassen wird, muss es Arbeitgebern darum gehen, ein gutes Betriebsklima zu schaffen und präventives Konfliktmanagement zu betreiben. Dienstvereinbarungen mit dem Personalrat sind ein adäquates Mittel.

Informationen über Frauen im öffentlichen Dienst online unter: [www.frauen-im-oeffentlichen-dienst.de](http://www.frauen-im-oeffentlichen-dienst.de). Literatur: FrauenSache im öffentlichen Dienst, hrsg. vom Deutschen Beamtenwirtschaftsring e. V., 2. Aufl., Düsseldorf 2005. Hier finden Sie auch das Muster einer Dienstvereinbarung zur Konfliktlösung am Arbeitsplatz.

### So können sich Gemobbte wehren:

#### ■ Beschwerde einreichen

Nach § 68 Abs. 1 Nr. 3 BPersVG bzw. der entsprechenden Landespersonalvertretungsgesetze entweder beim Dienststellenleiter oder beim Personalrat. Die Beschwerde wird geprüft, die Gemobbte erfährt das Ergebnis. Nach § 618 BGB ist der Arbeitgeber verpflichtet, gegen Mobbing vorzugehen. Möglich sind: Abmahnungen, Zwangsschulungen, Versetzung, Disziplinarverfahren, Kündigung. Fällt das Prüfergebnis nicht eindeutig aus, geht der Fall zur Einigungsstelle (§ 71 BPersVG).

#### ■ Unterlassung verlangen

Von mobbenden Kolleg/inn/en und/oder Vorgesetzten kann z. B. der Widerruf ehrverletzender Äußerungen verlangt werden oder das Entfernen von Abmahnungen beleidigenden Inhalts aus der Personalakte.

#### ■ Bei Gesundheitsgefährdung einer Schwangeren kann ein gesetzliches Beschäftigungsverbot bestehen.

#### ■ Schadensersatz/Schmerzensgeld fordern

Die Gemobbte kann Schadensersatzansprüche z. B. für Arztkosten, Bewerbungskosten, Verdienstaufschlag wegen Arbeitsplatzverlust geltend machen (§§ 280, 823 Abs. 1 BGB). Schmerzensgeldanspruch (§ 847 BGB) besteht gegenüber dem Arbeitgeber, der grundsätzlich die Pflicht hat, das Persönlichkeitsrecht und die Gesundheit seiner Mitarbeiter/innen zu schützen (Art. 1, 2 GG) und dementsprechende Handlungen zu unterbinden.

#### ■ Leistung verweigern

Geht die Dienststellenleitung nicht gegen Mobbing vor, darf die gemobbte Beschäftigte die Arbeit niederlegen. Sie hat nach §§ 273 und 615 BGB ein Leistungsverweigerungsrecht bei Weiterzahlung der vollen Bezüge, wenn die Arbeit unter unzumutbaren Bedingungen erfolgen müsste. Nachteile dürfen ihr daraus nicht entstehen (§ 612a BGB, Maßregelungsverbot).



Ich habe folgende Blitzinformation aus dem Ministerium erhalten:

**Lehrerbeurteilung soll vereinheitlicht werden**  
**Neuer Referentenentwurf zur**  
**Neufassung des Schulgesetzes NRW (SchulG)**

<b>Prädikat Merkmal</b>	entspricht den Anforderungen in besonderem Maße	entspricht voll den Anforderungen	entspricht im Allgemeinen den Anforderungen	entspricht im Ganzen noch den Anforderungen	entspricht nicht den Anforderungen
Arbeitsleistung	reißt Bäume aus	reißt ein Bein aus	reißt sich zusammen	reißt keinen vom Hocker	reißt vor der Arbeit aus
Belastbarkeit	erledigt alles gleichzeitig	erledigt den Widersacher	erledigt seine Arbeit sofort	erledigt selten etwas	erledigt ist er schnell
Kommunikationsfähigkeit	spricht mit Gott und Ebenbürtigen	spricht mit sich selbst und Vorgesetzten	spricht viel	spricht gern über andere	spricht guten Getränken zu
Geistige Fähigkeiten	löst jedes Problem sofort	löst Probleme mit einigem Nachdenken	löst meist die eigenen Probleme	löst gern Kreuzworträtsel	löst Probleme aus
Wissen	weiß alles am besten	weiß über alles Bescheid	weiß, was er falsch macht	weiß, wann Feierabend ist	weiß, wo gerade gefeiert wird
Verhalten gegenüber Vorgesetzten	Vorgesetzte macht er überflüssig	Vorgesetzten öffnet er die Tür	Vorgesetzte grüßt er fröhlich	Vorgesetzte fragt er nach der Uhrzeit	Vorgesetzten nimmt er den reservierten Parkplatz
Verhalten gegenüber Kollegen	Kollegen hat er nicht	Kollegen lässt er gern ins Messer laufen	Kollegen grüßt er korrekt mit „Mahlzeit“	Kollegen mag er weniger als Kolleginnen	Kollegen hält er von der Arbeit ab

Düsseldorf, 01. April 2008, Klaus-Dieter Hassenichgesehn, Pressesprecher MÜMPF

---



„Unterste Schublade links“ heißt ein Theaterstück, das das Gelsenkirchener „**Trias Theater Ruhr**“ inszeniert hat. Thema des Stücks für Kinder und Jugendliche ab 11 Jahren ist der Nationalsozialismus.

„Am Anfang stellt sich für das Geschwisterpaar Jörg und Susanne nur die lästige Aufgabe, den verstaubten Dachboden der verstorbenen Großmutter zu entrümpeln. Beim Aufräumen geschieht Unerwartetes; die Beiden entdecken Dokumente aus der Nazi-Zeit, die sie bald auf einen verschwiegenen Teil der Vergangenheit ihrer Großeltern führen.“

Das Stück für zwei Schauspieler und einen Akkordeonspieler hatte Anfang September in Gelsenkirchen auf dem Dachboden des Schlosses Horst Premiere. Es kann von Schulen oder Jugendeinrichtungen, die den Nationalsozialismus thematisieren wollen, gebucht werden.

Weitere Informationen zum Repertoire, den Preisen und Terminen finden Sie im Netz unter [www.triastheater.de](http://www.triastheater.de)

Kontakt: Trias Theater Ruhr,  
c/o Juliane Meyerhoff / Ulrich Penquitt,  
Augustin Wibbelt-Str. 39  
Telefon: 0209 / 3 91 69.



### **Jürgen Becker**

Die Anwaltschaft Köln liegt eine Strafanzeige gegen den Kabarettisten Jürgen Becker vor. Ein muslimischer Bergheim hatte die Anzeige wegen Volksverhetzung und Beschimpfung von Bekenntnissen, Rassen und Weltanschauungsvereinigungen erstattet.

Becker soll sich in seiner Sendung „Mitternachtsspitzen“ am Samstag, 4. November, über islamische Frauen, die ein Kopftuch tragen, lustig gemacht haben. Unter anderem hatte der Kabarettist vorgeschlagen, das Kopftuch den islamischen Männern um die Augen zu binden, um so die Männer vor den visuellen Reizen ihrer Frauen zu schützen.

Der Staatsanwalt ermittelt.

## **GEW: Bedenken gegen Jahresarbeitsmodell**

Die GEW NRW kritisiert den Vorschlag des VBE, ein Jahresarbeitszeitmodell in NRW einzuführen, das wesentlich auf die Umverteilung von Belastungen in den Kollegien orientiert.

Untersuchungen zur Arbeitszeit und zur Überbelastung der Lehrkräfte gibt es inzwischen zahlreich, es mangelt jedoch an der Bereitschaft der Politik, an die Umsetzung heranzugehen. Mit QUAGIS unternimmt der VBE einen politischen Alleingang in Richtung auf ein umstrittenes Modell, das womöglich zu einer nicht vorhersehbaren Umverteilung von Arbeit führt, ohne die Belastungen für alle Lehrkräfte zu reduzieren.

Die GEW fordert nach wie vor, für Spitzenbelastungen in den Schulen den Entlastungsstundentopf der Kollegien erheblich auszuweiten. Darüber hinaus muss die Landesregierung – auch auf Basis des Tarifabschlusses für den Öffentlichen Dienst – die Arbeitszeiterhöhungen für Lehrerinnen und Lehrer rückgängig machen.

Gemeinsame politische Aktionen der Lehrerverbände und der GEW sind notwendig, um sich dafür Gehör bei der Landesregierung zu verschaffen.

## BAG kippt Bandbreitenmodell

Im Schuljahr 2002/03 ist das Bandbreitenmodell von der Landesregierung eingeführt worden. Statt die Untersuchungen von Mummert und Partner zum Anlass zu nehmen, die zu hohe Arbeitszeit

aller zu senken, glaubte man, man könne durch verschiedene hohe Belastung in den Schulen auf ein Gleichgewicht verschieben zu können. Die Unterrichtsverpflichtung konnte nicht durch den über- oder unterschrittenen Stundenplan ausgleichen. Damit waren Stunden in den Schulen Tür und Tor

Schon damals hat die GEW dieses Modell abgelehnt: Ungerechtigkeit kann man nicht durch weitere Ungerechtigkeit ausgleichen. Wenn Ressourcen fehlen, wie zum Beispiel bei der Korrekturbelastung, müssen sie zusätzlich ins System gegeben werden.

Mit dem Rechtsschutz der GEW hat eine angestellte Gymnasiallehrerin vor dem Bundesarbeitsgericht gewonnen (8.11.06 – 5 AZR 5/06). Damit dürfte die Anwendung des Bandbreitenmodells zumindest für Angestellte Vergangenheit sein. Die GEW rät den Betroffenen, nun schnellstens Ansprüche auf nachträgliche Zahlung der zu viel erteilten Unterrichtsstunden schriftlich beim Arbeitgeber geltend zu machen. Ansprüche verfallen sechs Monate nach Entstehen. Der Antrags-text ist bei der GEW zu erhalten.

Eine Auswirkung auf beamtete Lehrkräfte ist abzuwarten.

Sabine Unger



zeit“?

nach eigenen Angaben die Einführung eines Jahresarbeitszeitmodells untermauern. Die GEW bezweifelt, dass ein Jahresarbeitszeitmodell vor Überbelastungen schützen wird. Das zeigen die Erfahrungen in Brandenburg.

wissenschaftlich validen Daten gibt die methodische Herangehensweise. Der Arbeitsaufwand für die Beantwortung aller Fragen und die abzuleitenden Daten haben keine Relevanz.

Das Wochenstundenmodell ist die Höchstgrenze für den Stundenlohn. Das Bundesarbeitsgericht kommt

Bandbreitenmodell zu diesem Schluss: Die individuelle Belastungsspitzen anderer Lehrkräfte erhöht

## GEW-Erfolge für Angestellte

### Altersteilzeit für Angestellte – Pflichtstundenerhöhung 04 –

Mit dem Rechtsschutz der GEW NRW hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) mit Urteil vom 11.04. 2006 – 9 AZR 371/05 – der Klage auf ungekürzte Vergütungszahlung zumindest teilweise stattgegeben. Das Land NRW hatte die Altersteilzeitvergütung aufgrund der zum 01.02.2004 erfolgten Pflichtstundenerhöhung verringert. Nach dem Urteil kann zwar die Vergütung wegen des geänderten Teilzeitquotienten gekürzt werden. In der Freistellungsphase ist aber das Entgelt spiegelbildlich wieder auszuzahlen, das vor der Arbeitszeitverlängerung zugestanden hat. Diese anteilige Kürzung gilt grundsätzlich auch für die Berechnung des Mindestnettoetrages. Das Land hatte zwar „spiegelbildlich“ während der Freistellungsphase für den entsprechend langen Zeitraum ungekürzte Vergütung gezahlt, aber nicht hinsichtlich des Mindestnettoetrages. Dies hat das BAG nun korrigiert. [www.gew-nrw.de](http://www.gew-nrw.de) (Recht und Gesetz / Angestelltenrecht).

### Auslandsschuldienst – Berücksichtigung der Angestellten

Mit Urteil des LAG Hamm vom 06.07.2001 – 5 Sa 681/00 – wurde durchgesetzt, dass das Land NRW die Bewerbung eines Angestellten für den Auslandsschuldienst zu berücksichtigen hat. Im zweiten Schritt konnte für den Angestellten mit Urteil des Verwaltungsgerichts Köln vom 17.11.2003 – 3 K 5039/03 – u.a. erreicht werden, dass das Bundesverwaltungsamt den Angestellten in die Bewerbungsdatei aufzunehmen hat. Lediglich die Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge durch das Land NRW für die Auslandsschuldiensttätigkeit des Angestellten konnte bislang nicht durchgesetzt werden (insoweit abweisend BAG, Urteil vom 15.11.2005 – 9 AZR 209/05 -).

## Gesetzliche Überleitung für Angestellte an Gesamtschulen

Zwar hat das Bundesarbeitsgericht mit Urteilen vom 06.07.2005 – 4 AZR 27/04 – und – 4 AZR 42/04 – entschieden, dass die Regelungen des Überleitungsgesetzes (Beschränkung für den Gesamtschulbereich auf den Einstellungsstichtag (01.08.97) nicht rechtswidrig sind. Zwischenzeitlich hat das Landesarbeitsgericht Köln mit Urteil vom 25.08.2005 – 10 Sa 823/04 – zwei verschiedene Fälle entschieden. Im Falle der Einstellung nach dem Stichtag 01.08.97 hat es abweisend entschieden, d.h. dem Höhergruppierungsbegehren nach BAT I b nicht stattgegeben. In dem anderen Fall – Einstellung vor dem 01.08.1997 – hat es dem Höhergruppierungsbegehren entsprochen, obwohl die Angestellte zum Stichtages befristet beschäftigt war, während der Sommerferien keinen Arbeitsvertrag hatte und erst zum 18.08.1997 in ein unbefristetes Verhältnis übernommen wurde. [www.gew-nrw.de](http://www.gew-nrw.de) (Recht und Gesetz / Angestelltenrecht).

## Höhergruppierung sog. Erfüller (Lehrbefähigung Gymnasium, berufsbildende Schulen oder Sek. II)

Mit Urteil des ArbG Köln vom 05.03.2004 – 2 Ca 8336/03 – konnte die Höhergruppierung von BAT II a nach BAT I b nach 15-jähriger Bewährungszeit durchgesetzt werden, ohne dass eine entsprechende Beförderungsplanstelle vorhanden sein musste. Nach den Erlassen des Schulministeriums vom 25.08.1992 und 01.02.1993 können sog. Erfüller nach mindestens 15-jähriger Bewährungszeit auch ohne Beförderungsplanstelle nach BAT I b höhergruppiert werden, wenn die Einstellung bis zum 22.06.1992 erfolgt ist (vgl. nds 7/2004 S.31). Mit Schreiben vom 28.01.2005 (Az.: 213-1.19.18-416) bestätigt das Ministerium der GEW NRW, dass es zutreffend ist, dass damit die sog. „Erfüller“ nach dem Runderlass des Kultusministeriums vom 16.11.1981 gemeint sind, welche bis zum 22.06.1992 eingestellt wurden. Musterantrag und Erlasse: [www.gew-nrw.de](http://www.gew-nrw.de) (Recht und Gesetz / Angestelltenrecht/Vergütung).



**Der Vorstand und die Redaktion wünschen Ihnen ein gutes und gesundes Jahr**





## Im Öffentlichen Dienst mischt der Personalrat kräftig mit...

Einzelne Beschäftigte haben im Öffentlichen Dienst kaum Einflussmöglichkeiten in der Dienststelle. Die Vertretung der Interessen erfolgt hier über die Personalräte.

Der Personalrat vertritt die Interessen der Beschäftigten gegenüber dem Dienstherrn. So kontrolliert die Personalvertretung die Einhaltung der für die Beschäftigten geltenden Gesetze, Verordnungen, Tarifverträge, Dienstvereinbarungen und Verwaltungsverordnungen. Sie engagiert sich aber auch für jeden Einzelnen, wenn es zu Differenzen oder Konflikten mit dem Dienstherrn kommt.

Grundlage für die Arbeit des Personalrates ist in NRW das Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG). Dort ist geregelt, wie weit die Mitbestimmungsrechte im Einzelnen reichen: von der Mitbestimmung, als der stärksten Form der Beteiligung, bis hin zur Mitwirkung bzw. der Anhörung. Auch ist geregelt, ab welcher

Betriebsgröße wie viele Personalräte für die Personalratsarbeit freizustellen sind.

Das Wesen der Mitbestimmung besteht darin, dass Dienststelle und Personalrat gleichberechtigt und gleichverantwortlich zusammenwirken. Die Entscheidungsbefugnis des Dienstherrn ist damit eingeschränkt. Trifft der Leiter einer Dienststelle eine mitbestimmungspflichtige Maßnahme ohne die Zustimmung der Personalvertretung so ist diese unwirksam.

## Personalrat und Gewerkschaft

Die Personalvertretung hat innerhalb des Betriebes auch die Funktion, die Einhaltung tarifrechtlicher Rahmenbedingungen zu kontrollieren. An dieser Stelle sind die Gewerkschaften für die Personalräte ein wichtiger Partner.

Grundlage für die Arbeit des Personalrates ist in NRW das Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG).

## Was passiert in NRW?

In NRW soll das LPVG geändert werden. Die Landesregierung will viele Mitbestimmungsrechte einschränken. So sollen zum Beispiel die Mitbestimmungsrechte der Personalräte bei personellen Entscheidungen (Versetzungen, Umsetzungen etc...) stark eingeschränkt werden. Personalratsstrukturen sollen abgebaut werden, u.a. viele Freistellungsregelungen wegfallen.

Gemeinsam mit den Gewerkschaften wollen wir den Abbau von Mitbestimmungsrechten in NRW verhindern. Wir brauchen in NRW ein starkes LPVG, das den Beschäftigten im Öffentlichen Dienst weitgehende Mitbestimmungsrechte garantiert. Mehr Informationen zu Hintergründen und Aktivitäten der Gewerkschaften zum Erhalt eines starken LPVG und für starke Personalräte gibt es unter

[www.nrw.dgb.de](http://www.nrw.dgb.de)

Hier entscheidet der Personalrat (noch) mit!

**Fall 1 – Mitbestimmung schützt!**

Die Polizeikommissare Müller und Schmitz erhalten Order, an der Kreuzung Albertstraße/Südstraße einen Verkehrsunfall mit Personenschaden aufzunehmen. Mit Blaulicht und Signalhorn startet die Einsatzfahrt zum Unfallort. Etwa 500 Meter vor der Unfallstelle ist es durch den Verkehrsunfall zur Staubildung gekommen. PK Müller fährt daher mit dem Streifenwagen auf einen neben der Fahrbahn befindlichen Grünstreifen, um an den wartenden Autos vorbeizufahren. Dabei übersieht er im hohen Gras einen auf dem Grünstreifen liegenden Randstein, über den er, wie sich später herausstellt, mit einer Geschwindigkeit von ca. 40 km/h hinwegfährt.

Front und Motor des Streifenwagens werden stark beschädigt, dieser ist nicht mehr fahrbereit.

Der Schaden am Streifenwagen beträgt 6000,- €

Die Behörde kommt zu dem Ergebnis, PK Müller habe beim Befahren des Grünstreifens grob fahrlässig gehandelt. Sie will ihn daher gem. § 84 Abs. 1 LBG für den Schaden in Regress nehmen.

**Fall 2 – Mitbestimmung regelt!**

Im Rechenzentrum wird ab sofort das Ergebnis aller Arbeitserledigungen festgehalten. Die „Leistungshitparade“ soll monatlich am schwarzen Brett veröffentlicht werden. Die 10 Besten erhalten eine Leistungsprämie. Die 10 Schlechtesten einen Eintrag in die Personalakte. Kann der Arbeitgeber dies allein und willkürlich so festlegen? Wer kann unzulässige Datenerhebungen und nicht einsehbare Verhaltenskontrolle verhindern?

**Fall 3 – Mitbestimmung hilft!**

Im Lehrerzimmer der Schule geht es in der Pause an diesem Tag hektischer zu, als es sonst üblich ist. Gruppen von Lehrkräften erregt. Kurz zuvor hat der Schulleiter bekannt gemacht, dass Mayer versetzt werden muss, weil die Zahl der Schülerinnen und kommenden Schuljahr stark zurückgeht. Kollegin Mayer ist eine Kollegin und schon des Öfteren mit der Schulleitung aneinandergeraten. Nutzt die Schulleitung nun die Gelegenheit, um Kollegin Mayer loszuwerden? Bietet sich nicht die Versetzung des Kollegen Schulze an, der ohnehin aus familiären Gründen versetzt werden möchte? Dessen Versetzungsgesuch in den Bereich einer anderen Bezirksregierung ist jedoch abschlägig beschieden worden.



noch diskutieren Kollegin Schüler im streitbare

die

Diese Geschichten sind natürlich frei erfunden. Ähnlichkeiten mit tatsächlichen Ereignissen oder lebenden Personen sind jedoch beabsichtigt! In allen Fällen kann aber der Personalrat (noch!) mitentscheiden und sich für die Interessen und Rechte der betroffenen Kolleginnen und Kollegen einsetzen. An welchen Stellen die Personalvertretungen zukünftig noch mitbestimmen können, wird gerade von der Landesregierung und dem Landtag entschieden.





## GEW mit langfristiger Gestaltungsaufgabe

Die AG Masterplan Ruhrgebiet legt ihre bildungspolitische Gestaltungsaufgabe und Mitverantwortung langfristig an, von Februar 2006 bis zum Ende des Jahrzehntes.

[www.masterplan-bildung-ruhrgebiet.de](http://www.masterplan-bildung-ruhrgebiet.de) ist in der Aufbauphase, gedacht als Informationsknoten.

Die AG konzentriert sich auf

- Prävention,
- Wissensmanagement und Veröffentlichung von best-practice,
- Vernetzung in übersichtlichen Förderstrukturen,
- Kleinraumforschung und Bildungsmonitoring.

Warum dieser Aufwand?

**„Verlässliche Unterstützungssysteme?“**

**Mehr Ressourcen entsprechend des Problemdrucks?**

**Elementarbereich, Schulen, andere Bildungsträger bleiben weitgehend auf sich allein gestellt, „den Anteil der im Bildungssystem Scheiternden deutlich zu senken, möglichst alle Begabungsreserven zu aktivieren und den Anteil an erfolgreichen und höherwertigen Abschlüssen zu steigern.“(1)**

**Die Politikfiguren des Ruhrgebietes kommen im Bereich Bildung „einfach nicht in die Pötte“. „Die Entkopplung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg“ durch: „Fördern und Fordern“ in: „neuer Unterrichts- und Schulkultur“(1) bedarf ganz anderer Anstrengungen der Region als bisher.**

**Bildungspolitik im Ruhrgebiet hätte Erich Kästner so kommentiert: „Vor lauter Tun ist alles Tuerei.“\***

**Nur zwei Beispiele:**

Ende Januar 2004 erhielt der Regionalverband Ruhr den Auftrag, einen Masterplan Bildung zu erarbeiten. Es seien „in Stadtteilen mit großen sozialen Problemen und einem hohen Anteil von Migrantenfamilien besondere Anstrengungen nötig, um die schulischen Leistungen der Kinder und Jugendlichen zu verbessern.“(2) Es sollten gar die Ergebnisse der damaligen Lernstandserhebungen zum Instrument werden für zielgerichtetes Handeln, und nichts geschah. Lehrerinnen und Lehrer fragen zurecht: Wozu der ganze Aufwand neben dem Unterricht?

Der genannte Auftrag wurde beim RVR inmitten all‘ seiner Querelen glatt verschlafen.

Ein Masterplan Bildung für das Ruhrgebiet steht bisher nur auf dem Papier, und das wird nach unseren Informationen so bleiben: Frühestens 2009 wird sich der RVR mit Bildung und demographischer Entwicklung befassen. Bis dahin wird der RVR mit einem 6-köpfigen Team an der „Raum- und Siedlungsstruktur nördlich der A 2“ arbeiten.

Auch an anderer Stelle gab es bezüglich Bildung etwas, das im Wesentlichen Papier geblieben ist, nämlich das *Initiativpapier Bildungsoffensive Ruhrgebiet 2020* der Oberbürgermeister und Bürgermeister, welches im Rahmen der Emscher-Lippe Konferenz vom 19.07.2004 verabschiedet wurde. Hier sollten „Nachhaltige strukturelle Veränderungen der Bildungssituation im Kontext des demographischen Wandels“ in die Wege geleitet werden.(3)

Nach Auffassung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft werden demographische Entwicklung und Bildungsbenachteiligung in vielen Stadtteilen des Ruhrgebietes nicht entschieden genug angegangen.

Es fehlt regional vernetztes, konsequentes Handeln angesichts von Tatsachen wie:

- Die Bevölkerung wird weniger, älter, bunter.
- In der alternden Gesellschaft stellen auch und gerade Kinder aus Problemregionen das Potential der zukünftigen Arbeitnehmerschaft dar.
- Zunehmende Armut und Bildungsarmut bedeuten den sicheren sozialen Ausschluss für Kinder und Jugendliche und gefährden die Entwicklung des Ruhrgebiets unter sozialen, demokratischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten.
- Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund dürfen nicht länger zurückgelassen werden; sie brauchen Perspektiven für eine gleichberechtigte und gleichwertige Teilhabe.

Im Ruhrgebiet zeigen sich diese Effekte des demographischen Wandels früher und schneller als anderswo.

Das Ruhrgebiet muss hier Modellregion für NRW werden.

Besonders und zuallererst hier - wo von (jeweils circa) 80.000 Arbeitslosen in der DGB Region Emscher-Lippe 60.000 keine Berufsausbildung und 45.000 keinen Schulabschluss vorweisen – „müssen die bildungspolitischen Maßnahmen darauf ausgerichtet sein, Kenntnisse, Fertigkeiten und Kompetenzen ... vor allem der besonders Benachteiligten ... zu verbessern.“

Es muss endlich berücksichtigt werden: „Vorschulbildung zahlt sich im Hinblick auf Bildungserfolg und soziale Eingliederung besonders aus. Vorschulbildung ist das effektivste Mittel, um

- eine Grundlage für das weitere Lernen zu schaffen,
- dem Schulversagen vorzubeugen,
- mehr Gerechtigkeit bei den Bildungsergebnissen zu erreichen.(4)

Das, was die einzelnen Städte für den ersten Lebens- und Bildungsabschnitt leisten können, (neben den für andere kommunale Bereiche zuständigen Präventionsräten, Ehrenamtsagenturen, Stabsstellen,

Stadtteilkonferenzen,..) wird bestenfalls dazu beitragen, dass eine schwierige Situation sich nicht verschlechtert. Verbesserungen, ein Durchbruch im Bildungsbereich ist, allein von der einzelnen Kommune versucht, keinesfalls zu erwarten. An recht vielen Stellen gibt es erhebliche Anstrengungen und dabei hervorragende Resultate. Es wird bei allen Bemühungen – auch vor dem Hintergrund der Nothaushalte – der große Wurf nicht möglich sein.

Und so wird Geburtsjahrgang für Geburtsjahrgang, der aus den Problemvierteln des Ruhrgebietes hervorgeht, vernachlässigt - zynisch gesprochen, Humankapital vergeudet.

Eine Bildungsoffensive Ruhrgebiet erfordert hunderte von Millionen Euro. Deshalb ist auszuloten, den Europäischen Sozialfond (ESF) 2007 bis 2013 in Anspruch zu nehmen.

Es geht doch in anderen Bereichen, Geld zu akquirieren:

Das Ruhrgebiet erhielt 361 Millionen Euro im Zeitraum 2000 bis 2006 aus dem NRW-EU-Ziel 2 Programm für kommunale Entwicklungsschwerpunkte. Hier wurde und wird ersichtlich Einsatz der Kommunen sichtbar, erst kürzlich wurde eine Stelle für Wirtschaftsförderung geschaffen.

Es kann nicht sein, dass es einen adäquaten Einsatz der Politik für Bildungsförderung nicht gibt. Wie sollen angesichts der Demographieszenarien die Verantwortung für die jungen Menschen und die Kompetenzentwicklung der Region (Fachkräftemangel) geschultert werden?

Es kann nicht sein, dass der Europäische Sozialfond bisher nur genutzt wurde für Intervention dann, wenn Jugendliche beim Übergang von der Schule in den Beruf als gescheitert identifizierbar sind.

Warum wird der ESF nicht genutzt für „Bildung von Anfang an“, für die „Sicherung einer angemessenen Förderung von Zielgruppen, insbesondere auch arbeitsmarktfernen Gruppen“?(6)

Eine Bildungsoffensive Ruhrgebiet 2020, ein Masterplan Bildung brauchen eine „koordinierende, organisierende und moderierende Instanz als zentrale Anlaufstelle für alle Akteure“(5) – so wie es sie für Wirtschaft, Kultur, Raum- und Stadtent-

wicklung, ... schon gibt.

Vernetzung und Kooperation im Ruhrgebiet ist also an einigen zukunftsbedeutsamen Stellen durchaus gegeben:

- G 8 Masterplan Ruhrgebiet von 8 Städten zur räumlichen Entwicklung,
- Masterplan Emscher,
- Es gibt sogar ein Förderungsprogramm für Schienenanschlüsse,
- Masterplan Logistik 2005,
- Masterplan Emscher – Landschaftspark,
- **Oder auch die bisher durchaus erfolgreiche Zusammenarbeit bei der „Kulturhauptstadt 2010“,**
- **seit kurzem Wirtschaftsförderung.**

- **Abstimmung zwischen Verwaltungseinrichtungen, die nebeneinander agieren,**
- **Sammlung, Sichtung, Prüfung und Überarbeitung von funktionierenden Konzepten, Praxisbeispielen.**

All‘ dies bringt das Ruhrgebiet voran, Schritt für Schritt.

Bei der Bildung bedarf es eines mindestens gleichrangigen Einsatzes bei der Vernetzung von Politik, Wissenschaft, Regionalverband Ruhr und / oder Projekt Ruhr, Verwaltung.

Absichtserklärungen müssen endlich Taten folgen.

*AG Masterplan Bildung Ruhrgebiet*

*Lothar Jacksteit, Karl Keining, Alfons Kunze, Norbert Müller, Brigitte Schumann, Gerd Weidemann*

- \* **Was auch auf das Berichtsunwesen gemünzt ist, die Flut an unsinnigen Aufträgen, mit denen Lehrerinnen und Lehrer seit geraumer Zeit am Kerngeschäft, der Vor- und Nachbereitung des Unterrichts gehindert**

**werden.**

GEW fordert die Schaffung von nachhaltigen und synergetisch wirkenden Unterstützungsstrukturen

**3. Masterplan Bildung Ruhrgebiet als Querschnittsaufgabe der Europäischen Union, des Bundes, des Landes NRW und der Kommunen des Ruhrgebietes.**

**4. Bildungseinrichtungen und Projektträger brauchen eine Anlaufstelle, die ihnen Aufgaben abnimmt wie:**

- **Finden von staatlichen**

- (1) Fördern und Fordern - Gemeinsame Erklärung der Kultusministerkonferenz und der Bildungs- und Lehrgewerkschaften, 19.10.2006
- (6) Westdeutsche Allgemeine Zeitung. Ulrich Horn, 13.11.2004 <http://www.masterplan-bildung.de/content/view/96/178/>
- (7) <http://www.masterplan-bildung.de/content/view/94/178/>
- (8) Jan Figel, EU-Kommissar für allgemeine und berufliche Bildung, Kultur und Mehrsprachigkeit in: Milliardenkosten durch Nichtbeachtung der sozialen Rendite der allgemeinen und beruflichen Bildung 08.09.2006
- (9) Kooperation in der Benachteiligtenförderung, Studie der Uni Dortmund / Prof. Dr. Pätzold und Dipl. Päd. Judith Wingels im Auftrag der Bund – Länder – Kommission, 30.05.2006 <http://www.masterplan-bildung.de/content/view/170/85/>
- (6) Ausschreibungskriterium für den Europäischen Sozialfond 2007 bis 2013

## Mitgliederversammlung zum Islamismus am 04.09.2006

### Nachlese

#### „Islamistische Tendenzen sind keine Einzelfälle“

GEW setzt in den Schulen auf Aufklärung

Selten hat die GEW bei ihren Veranstaltungen so viel Zulauf wie Montagabend: 100 Lehrerinnen und Lehrer kamen in die Gesamtschule Berger Feld, um über ein brisantes Thema zu diskutieren: „Islamistische Einflüsse in unseren Schulen“. Brisant deshalb, weil die Lehrer-Gewerkschaft das Thema im Frühjahr öffentlich gemacht und Missstände angeprangert hatte – und dafür auch Prügel einstecken musste. Prügel zum einen, weil die GEW die Gesamtschule Ückendorf als (einziges) Beispiel für ihre Kritik ins Feld führte. Und Prügel zum anderen, weil sich die Moschee Kesselstraße verleumdet fühlte.

Davon war nun kaum mehr die Rede. Der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ging es zuallererst um Information. Wie anderswo, so GEW-Sprecher Karl-Heinz Mrosek, habe sich auch in Gelsenkirchen „etwas

entwickelt, von dessen Existenz wir nichts gewusst haben“: der Einzug des Islamismus in die Schulen.

„Brisant“ sei es, hier den Finger in die Wunde zu legen, weiß der GEW-Vize, doch da islamistische Tendenzen „keine Einzelfälle“ seien, gelte es zu sensibilisieren, gerade auch die Lehrerschaft. Der Referent Ahmed Senyurt, der als Fernseh-Journalist Beiträge zum Thema etwa für Monitor und Frontal 21 drehte, stellte islamistische Organisationen und ihre Strategien vor. Sein Appell: Lehrer sollten kritisch mit Migranten-(Kindern) diskutieren, auch jenseits der „Political Correctness“; etwa zum Thema Kopftuchverbot.

Mrosek fordert die Kollegen zu Wachsamkeit auf, gerade auch diejenigen, die glauben an ihren Schulen gebe es keine islamistischen Einflüsse. (...)

M.M.

WAZ:06.09.06



Der Referent der  
Veranstaltung  
am 04.09.2006  
Ahmed Senyurt

✉ Leserbrief ✉ Leserbrief ✉ Leserbrief ✉ Leserbrief ✉ Leserbrief ✉ Leserbrief

10.09.2006

## Einladung zum Friedenszelt Zelt der Religionen

Sehr geehrter Herr Mrosek,

damit Sie sich besser über den Islam in Gelsenkirchen und den Dialog zwischen Christen und Muslime informieren können, lade ich Sie zu einer Veranstaltung am Mittwoch, dem 13. September, ein.

Leider muss ich sagen, dass Ihre Vertreterin bei der Konferenz zum interreligiösen Dialog nur Bruchstücke übermittelt hat. So hat nicht nur die Stadt, sondern auch der Arbeitskreis Moschee und Kirche zu dieser Veranstaltung eingeladen. Frau Reker hat bei der Veranstaltung überhaupt nicht gesprochen. Vielmehr hat der Oberbürgermeister, Herr Baranowski, und der Integrationsbeauftragte des Landes NRW, Herr Kufen, gesprochen. Die kurzen Stellungnahmen der Moscheevereine und der Kirchen waren sicherlich sehr ähnlich, denn sie vertraten alle die Tendenz, dass der Dialog sehr wichtig ist. Jeder begründete dies natürlich aus seiner Tradition. So wie Herr A. Senyurt die Meinung vertrat, dass ein Dialog nur auf gleicher Augenhöhe geführt werden kann und dass dieser Dialog kritisch sein muss, lauteten die Ergebnisse der Arbeitsgruppen „Chancen und Grenzen des Dialogs“. Da, wo einer seine religiösen Erfahrungen über die religiösen Erfahrungen des anderen setzt, ist ein Dialog auf gleicher Augenhöhe nicht gegeben. Der Dialog zwischen den Religionen geht davon aus, dass es keine absolute Wahrheit gibt. (vgl. Koran 5, 48 und 49, 13) (Wenn Gott gewollt hätte, dann hätte er euch zu einer einzigen Religion erschaffen. Er hat euch in verschiedenen Religionen erschaffen, damit ihr einander kennen lernt.)

(...) Herr Senyurt sagte es sehr treffend, dass die Ablehnung des Kopftuches nicht unsere Stärke, sondern ein Zeichen unserer Schwäche ist. (...)

Mit freundlichem Gruß  
Werner Göbelsmann

23.09.2006

Lieber Kollege Mrosek,

vielen Dank für Deine tel. Antwort auf meinen nds-Leserbrief zum Thema „Islamismus“.

Ich finde es lobenswert, dass ihr euch mit dem Thema beschäftigt habt und bedauere nur, dass es zu solch wichtigem Punkt keinen überörtlichen Austausch gibt, sprich: Informationen zu den einzelnen Ortsverbands-Programmen.

Wünsche Dir weiterhin erfolgreiche Arbeit in der GEW und hoffe, dass es vielleicht einmal zu einer Begegnung kommt.

Zum Schluss noch ein kluger Rat: Lasse Dich **nie!** pensionieren (wie ich mit 65), Du rast anschließend nur noch von Termin zu Termin. Es ist so!!

Weiterhin alles Gute

Eberhard

27.09.2006

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Vielen Dank für die Zusendung eurer GE – W 141-Ausgabe. Es kommt selten vor, dass ich eine Verbandszeitung „in einem Rutsch“ lese. In diesem Falle war dies jedoch so, da sie recht informativ für mich ist.

Ich werde unserem BO-Vorstand empfehlen, sich mit dem Hauptthema eurer letzten Sitzung („Islamismus...“) zu befassen. Nur Offenheit kann uns weiterbringen.

Weiterhin alles Gute bei eurer Arbeit und viele Grüße kurz vor den **verdienten** Herbstferien.

E. Heide

## Antrag zum Gewerkschaftstag 2007

### „Islamismus an Schulen

Der Gewerkschaftstag beauftragt den Landesverband, die o.a. Thematik aufzuarbeiten und Untergliederungen sowie einzelnen Gewerkschaftsmitgliedern Rat und Unterstützung bei der Auseinandersetzung mit dem Phänomen anzubieten.

Begründung:

Lehrerinnen und Lehrer, die in den Ballungsräumen unterrichten, beobachten sehr häufig, dass muslimische Schülerinnen und Schüler mit islamistischen Positionen die Schule belasten und teilweise Schülerinnen und Schüler, aber auch Lehrerinnen und Lehrer unter Druck setzen.

Schulen reagieren häufig hilflos, weil ihnen die Hintergründe nicht bekannt sind. Der GEW-Stadtverband hat aus gegebener Veranlassung im September 2006 eine Informationsveranstaltung zu dieser Thematik durchgeführt, die großes Echo auch bei Kolleginnen und Kollegen anderer Stadtverbände ausgelöst hat. Dabei haben wir festgestellt, dass die GEW zu diesen Vorkommnissen noch keine landesweite Position besetzt. Hier besteht Handlungsbedarf.“

### Blauer Brief für Rüttgers

CDU-Arbeitnehmer fordern: Mitbestimmung der Personalräte erhalten

**Düsseldorf.** Gerade hat sich Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) als Anwalt des sozialen Flügels der CDU profiliert, da rebellieren führende Mitglieder der CDU-Sozialausschüsse gegen ihn. Sie attackieren den Plan, das Personalvertretungsgesetz zu ändern und die Mitbestimmung der Personalräte bei Organisationsfragen und Versetzungen zu beschneiden.

„Wir sind entsetzt über die Art und Weise“ wie die Änderung „in die Öffentlichkeit lanciert wird“, schreiben die Vorstände der CDU-Arbeitnehmer in DGB, Verdi und Deutschem Beamtenbund an Rüttgers. Scharf kritisieren sie, dass er sie nicht um Rat frage. Um die Geschlossenheit der CDU zu wahren, „haben wir in vielen Parteiversammlungen bisher unsere Verärgerung zurückgestellt und darauf vertraut, dass unsere Kenntnisse und Erfahrungen von der Partei abgefragt werden würden“. Stattdessen erfahre man von den Plänen aus der Presse.

Die CDU-Arbeitnehmer werfen der Koalition vor, Gesetz und Personalräte zu diffamieren. Die negativen Beispiele, mit denen die Änderung begründet werde, etwa Personalräte blockierten aus Technikfeindlichkeit die Einführung von Laptops, seien „schlichtweg getürkt“. Dass sich CDA-Chef Karl-Josef Laumann „eine so billige Argumentation“ zu eigen mache, „die vollständig Kenntnisse des geltenden Gesetzes vermissen lässt“, sei empörend. Gegen das Gesetz verstießen nicht Personalräte, sondern „zu viele Dienststellenleiter“, die „aus Respektlosigkeit gegenüber Beschäftigten keinen Hehl machen“.

Viele Dienststellenleiter empfänden es als Zumutung, mit Personalräten so umzugehen, wie es der Gesetzgeber fordere. Das geltende Gesetz entspreche den Grundsätzen der CDU und den Erfordernissen, „die eine CDU an das Miteinander, den Respekt und den Umgang von Arbeitgebern und Arbeitnehmern fordert“.

## Gesucht: Lehrer für Grundschulen

Land spendiert zusätzliche Stellen. Doch die können nur schwer besetzt werden

**Von Michael Muscheid, WAZ**

Gelsenkirchen erhält zusätzliche Grundschul- und Hauptschullehrerstellen wegen der schwierigen Umfeldbedingungen in der Stadt. Schwarz-Gelb, kommentiert der Bildungsausschuss-Vorsitzende Markus Karl (CDU), habe „durch diese Mehrinvestition erneut den Beweis angetreten, dass für sie Bildungspolitik ein zentraler Baustein ist.“ „Halt! Stopp!“ sagt Markus Töns. Die Grundschullehrer, so der SPD-MdL, kommen gar nicht alle in Gelsenkirchen an.

Zum Hintergrund: Nach dem so genannten Sozialindex erhält Gelsenkirchen die höchstmögliche zusätzliche Stellenzuweisung. In Zahlen sind das weitere 11,6 Hauptschullehrer- und 17,9 Grundschullehrerstellen.

CDU-Ratsherr Karl freut sich. Die Lehrer würden nun „gezielt dort eingesetzt“, wo sie am dringendsten gebraucht werden. Das bringt Töns, aber auch seine Landtagskollegin Heike Gebhard auf die Palme. Inklusiv Sozialindex gebe es 515 Grundschullehrerstellen in der Stadt, rech-

nen die Sozialdemokraten vor. Summa summarisch ergebe sich aber ein Fehlbedarf von 30 Stellen.

Karl-Heinz Mrosek, Personalrat an Grund- und Hauptschulen sowie Sprecher der Lehrer-Gewerkschaft GEW, kennt die Zahlen. Und meint: Alles, was unter 500 Lehrerstellen liege, bedeute: „Der Unterricht ist nicht gesichert.“

Dem widerspricht Marlene Krause von der staatlichen Schulaufsicht. Fakt sei, dass die Stellen nicht komplett besetzt seien – weil es eben bis Februar keine Grundschullehrer auf dem Markt gebe. Und doch: „Der Unterricht nach Stundentafel ist gesichert“, betont sie.

Entwarnung für den Grundschulbereich gibt Uwe Biel, Schulaufsichtsbeamter für die Hauptschulen. Er freut sich über die zusätzlichen Stellen; sie seien „ganz ansehnlich“. Mit 207 Hauptschullehrerstellen sei Gelsenkirchen nun „gut besetzt“. Lehrermangel herrsche an den Hauptschulen nicht.

### Sozialindex

Zusätzliche Lehrerstellen hat die Landesregierung für das laufende Schuljahr bereitgestellt, um Schulen in sozialen Brennpunkten intensiver als bislang möglich, zu fördern. Die Stellen werden anhand eines neu entwickelten Sozialindex verteilt: Bemessungsgrundlagen sind u.a. Arbeitslosen- und Migrantquote.